

JAHRESBERICHT 2011



Statistisches Bundesamt

Im Interview
Ilse Aigner
Seite 20

Im Interview
Prof. Peter Wippermann
Seite 36

Statistisches Bundesamt

Impressum

Herausgeber
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion und Interviews
Heidrun Stirner und Ilka Willand
jahresbericht@destatis.de

Gestaltung
KonzeptQuartier® GmbH, Fürth
Barbara Both, Statistisches Bundesamt

Erschienen im April 2012

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.

Bildrechte

Umschlag
© KonzeptQuartier® GmbH / © Statistisches Bundesamt

Seite 3, 8, 9, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 40, 41, 42, 44, 46
© Statistisches Bundesamt

Seite 4, 5, 6, 7, 28, 29, 30, 31
© KonzeptQuartier® GmbH / © Statistisches Bundesamt

Seite 24, 25, 26, 27
© KonzeptQuartier® GmbH

Seite 5 © thongsee – Fotolia.com

Seite 5, 20 © Steffen Kugler/Bundesregierung

Seite 22 © Barbara Neumann/Messe Erfurt GmbH

Seite 32, 33
© David Ausserhofer/Stifterverband

Seite 34, 35
© Getty Images/dv1313037

Seite 36, 38
© Trendbüro

Seite 37, 38
© Stephanie Brinkkötter

Liebe Leserin, lieber Leser,

„... hier geht es zu wie im Bienenstock“ war die treffende Beschreibung einer Mitarbeiterin aus dem Servicecenter, das 2011 in unserem Haus eingerichtet wurde, um die Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürger zum Zensus zu beantworten. Die Analogie wurde von den Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes sofort übernommen. Mir gefällt dieser Vergleich, weil er – über den Geräuschpegel hinaus – viel über unsere Zusammenarbeit im letzten Jahr aussagt: Um das gemeinsame Ziel zu erreichen, war eine effiziente Teamarbeit unerlässlich. Wie im Bienenstock wurden ständig neue Informationen in verschiedenste Richtungen weiter gegeben, wenn auch nicht zwingend über eine Tanzsprache. So standen wir im ständigen Dialog mit unseren Auskunftgebenden, mit Medienvertretern und allen Informationssuchenden. Das entgegengebrachte Vertrauen von allen am Zensus Beteiligten bestätigt und freut uns, die Anstrengung hat sich gelohnt.

Auch wenn 2011 der Zensus im Mittelpunkt stand, Sie finden auf den nächsten Seiten viele weitere Themen der amtlichen Statistik: Wie nutzt die Öffentlichkeit amtliche Daten, was tragen diese zur politischen Willensbildung bei und wie gut wird der gesetzliche Auftrag erfüllt? Diese Fragen können am Besten die Kundinnen und Kunden des Statistischen Bundesamtes beantworten. So finden Sie beispielsweise die Ergebnisse der Kundenbefragung aus dem Jahr 2011 in diesem Heft wieder. Zur gesetzlich verankerten Landwirtschaftszählung gibt Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Auskunft. Anschaulich erläutert sie die Verzahnung von Landwirtschaftsdaten und konkreten agrarpolitischen Fragestellungen. Der zweite Interviewpartner, Prof. Peter Wippermann, gewährt einen Einblick in die Arbeit eines Trendforschers, gibt Impulse zu neuen Kommunikationsformen und klärt uns über die Erotik der Zahl auf.

Die Hauptaufgabe eines Bienenvolkes ist im Übrigen nicht nur das Herstellen von Honig und Wachs. Die Befruchtung der Blumen, von Obst und Gemüse, von Pflaumen, Äpfeln und Kirschen dient dem Erhalt der gesamten Natur und des Menschen. Die Zahlen und Fakten, die wir Ihnen anbieten, sollen Sie im Sinne unseres Mottos „wissen. nutzen.“ befruchten.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



Inhalt

- 02 Impressum
- 03 Editorial

- 06 **Vision**
Leitmotiv und Kennzahlen in Kürze
- 07 **Europäische Haushalts- und Sozialstatistik**
Wiesbaden Memorandum verabschiedet
- 08 **Mehr als Brot und Butter**
Pressearbeit 2011
- 10 **Und der Kunde sprach**
Ergebnisse der Kundenbefragung
- 12 **Mikrodaten für Wissenschaft und Forschung**
Dienstleistungen für die Wissenschaft



08



06



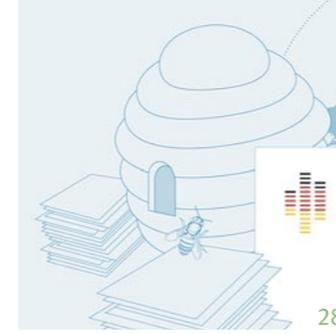
36



24



42



28



16



20

- 14 **Fakten leicht verständlich**
Unsere Publikationen
- 16 **Auf dem Feld und im Stall**
Landwirtschaftszählung 2011
- 20 **Im Interview: Ilse Aigner**
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- 24 **Politikberatung**
Statistiken für die politische Arbeit
- 28 **Zensus 2011 in der entscheidenden Phase**
Anfragemanagement und Befragung
- 32 **Im Kundenprofil: Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft**
Daten zu Forschung & Entwicklung
- 36 **Im Interview: Prof. Peter Wippermann**
Trendforscher und Kommunikationsdesigner
- 40 **Funny Figures**
Statistik trifft Kommunikationsdesign
- 42 **Haushalt**
Haushalt und Ausgaben
- 44 **Personal**
Beschäftigten- und Altersstruktur
- 46 **Leitung**
Amts- und Abteilungsleitung

- 48 **Kontakt und Adressen**

Vision

Das Statistische Bundesamt ist der führende Anbieter qualitativ hochwertiger statistischer Informationen in Deutschland.

Wir liefern die für die Willensbildung und die Entscheidungsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen statistischen Informationen und garantieren die Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit unserer Arbeiten sowie die vertrauliche Behandlung der uns überlassenen Einzeldaten.

Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf der innovativen Kraft, Kompetenz und Kundenorientierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Das Statistische Bundesamt 2011 in Zahlen

- Zahl der Beschäftigten insgesamt: **2 665**
- Zahl der Beschäftigten in Wiesbaden: **1 986**
Bonn: **656**
Berlin: **23**
- Zahl der Beschäftigten, die Teilzeit arbeiten: **576**
- Anteil der Tarifbeschäftigten, in Prozent: **70**
- Anteil der Beamtinnen und Beamten, in Prozent: **26**
- Anteil der Auszubildenden, in Prozent: **4**
- Anteil der Frauen an den Beschäftigten, in Prozent: **56**
- Anteil der Frauen an den Führungskräften, in Prozent: **33**
- Anteil der Beschäftigten, jünger als 40 Jahre, in Prozent: **28**
- Anteil der Beschäftigten, älter als 50 Jahre, in Prozent: **38**
- Anteil der Beschäftigten mit Universitätsabschluss, in Prozent: **20**
- Durchschnittliche Fortbildungstage je Beschäftigten: **2,7**
- Veranschlagte Haushaltsmittel, in Millionen Euro: **158,2**
- Anteil der Haushaltsmittel am Gesamtetat des Bundesministeriums des Innern, in Prozent: **3,0**

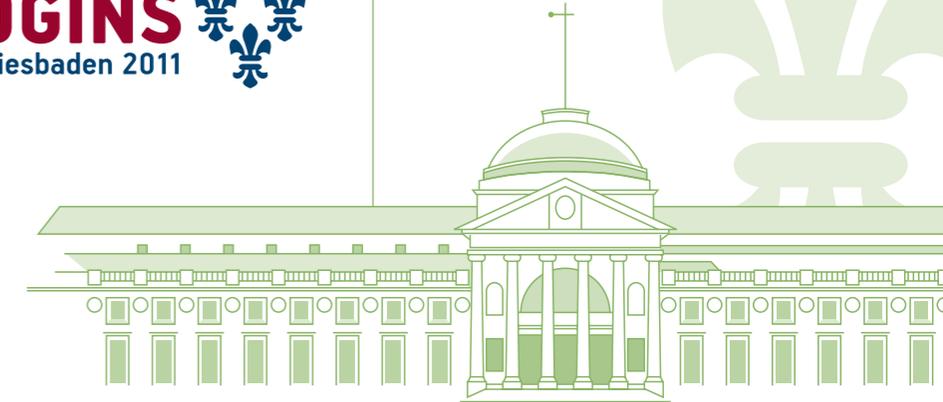
Europäische Haushalts- und Sozialstatistik

Wiesbaden Memorandum verabschiedet

Um strategische Themen im europäischen Raum geht es auf der DGINS (*Directors General of the National Statistical Institutes*), der jährlichen Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter der Europäischen Union. Die 97. DGINS wurde vom Statistischen Bundesamt im September 2011 in Wiesbaden veranstaltet. Konferenzthema war eine neue Architektur europäischer Haushalts- und Sozialstatistiken.

Grund für die Umgestaltung des Systems ist der wachsende Bedarf politischer Entscheidungsträger an Haushalts- und Sozialstatistiken, auch durch Initiativen auf europäischer und internationaler Ebene. So besitzt die Strategie der EU-Kommission „EUROPA 2020 für Wachstum und Beschäftigung“ klar definierte Zielvorgaben für die sozialen Bereiche Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung. Um die Wirksamkeit der politischen Maßnahmen in diesen Bereichen überprüfen zu können, fordern Verantwortliche aus Politik und Wissenschaft belastbare statistische Indikatoren. Die sogenannte Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission stellt zu Themen wie „Haushaltssektor und Verteilung von Einkommen, Konsum, Vermögen“ und „Mehrdimensionale Erfassung der Lebensqualität mit subjektiven Messungen“ neue Anforderungen an die Haushalts- und Sozialstatistiken: Gefordert werden Konzepte zur Messung der Lebensqualität sowie eine stärkere Verknüpfung der Sozialstatistik mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. So sollen beispielsweise auch Tätigkeiten im Haushalt, ehrenamtliche Tätigkeiten oder unbezahlte

DGINS
Wiesbaden 2011



Pflegeleistungen erfasst werden, die nicht über den Markt angeboten werden.

Im neuen System der Haushalts- und Sozialstatistiken sollen die verschiedenen europäischen Statistiken wie EU-SILC, die Arbeitskräfteerhebung, die Zeitbudgeterhebung und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen in einer gemeinsamen Architektur für die europäische Sozialstatistik zusammengeführt werden. Der systemische Ansatz der neuen Architektur soll die Effizienz steigern, Doppelungen vermeiden und die Vergleichbarkeit verbessern. Als Grundlage sollen verstärkt Verwaltungsdaten genutzt, bestehende Daten verknüpft und neue Datenquellen erschlossen werden. Die Nationalen Statistischen Ämter und Eurostat verpflichteten sich auf der DGINS,

weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die statistische Messung der Lebensqualität und der Lebensbedingungen zu verbessern.

Die neue Strategie für die Haushalts- und Sozialstatistiken wurde im Wiesbaden Memorandum festgelegt und einstimmig verabschiedet, die Direktorengruppe für Sozialstatistiken mit der weiteren Umsetzung beauftragt. Das Statistische Bundesamt startete bereits im November 2011 ein Projekt zur „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken“. Expertinnen und Experten aus dem ganzen Haus unterstützen das Projektteam unter Leitung von Thomas Riede. Der für das Projekt zuständige Lenkungsausschuss wird von Präsident Egeler geleitet.

Mehr als Brot und Butter: Das Pressejahr 2011

Im Mittelpunkt der Pressearbeit von Destatis stand im Jahr 2011 vor allem ein großes Thema: der Start des Zensus 2011. Daneben lief natürlich auch das normale „Brot-und-Butter-Geschäft“ der Pressearbeit weiter. Zum Jahresabschluss wurde nach fast zehn Jahren Euro Bilanz gezogen.

- Pressemitteilungen: 489
- „Zahlen der Woche“: 52
- Pressekonferenzen: 9
- Journalisten-Hintergrundgespräche: 3



Januar

In diesem Jahr hieß es: Schönes Ambiente für schöne Neuigkeiten. Präsident Egeler konnte im Gerhard-Fürst-Saal das Ende der stärksten Rezession der Nachkriegszeit verkünden. Die deutsche Wirtschaft holte rasant auf: Das Bruttoinlandsprodukt legte im Jahr 2010 um 3,6% gegenüber 2009 zu, inzwischen wurde der Wert sogar auf +3,7% korrigiert.

Nicht nur die Bevölkerung Deutschlands, auch die deutsche Landwirtschaft wurde gezählt. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 präsentierte Direktorin Hannelore Pöschl im Rahmen der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin. Der Landwirt lebt längst nicht mehr von der Landwirtschaft allein: Ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe erwirtschaftete im Jahr 2010 Umsätze aus Einkommensalternativen. Die häufigsten waren: die Erzeugung erneuerbarer Energien (42%), vertragliche Arbeiten (28%), zum Beispiel für Kommunen oder andere Betriebe, sowie die Forstwirtschaft (24%).

Februar

Weiter gute Nachrichten aus der Wirtschaft: im vierten Quartal 2010 meldete Destatis in einer Pressemitteilung mit 41,04 Millionen Erwerbstätigen den höchsten Erwerbstätigenstand in einem Quartal seit der Vereinigung Deutschlands. Damit wurde erstmals die 41-Millionenmarke überschritten. In jedem folgenden Quartal sollte ein neuerlicher Höchststand verkündet werden.

März

Die Preise steigen: Erstmals seit Oktober 2008 lag im Februar 2011 die Inflationsrate mit 2,1% über der für die Geldpolitik wichtigen Zwei-Prozentschwelle. Die Nachrichten aus der Wirtschaft bleiben weiter gut: Die Auftragsengänge steigen, die Erwerbstätigenzahl auch.

April

In seinem Urteil zur Volkszählung hatte das Bundesverfassungsgericht 1983 gefordert, die Bevölkerung müsse umfassend über Ziele und Hintergründe einer Volkszählung aufgeklärt werden. Nachdem im August 2010 das neue Internetangebot zum Zensus 2011 frei geschaltet wurde, startete nun die heiße Phase der Zensuskommunikation: mit Spots in Kino und Fernsehen, Plakataktionen sowie Kampagnen in Online-Medien. Auf einer Pressekonferenz gaben Präsident Egeler und Annette Pfeiffer, Leiterin der Zensuskommunikation, den Startschuss dazu.

Düsseldorf–Hamburg–Dresden, das waren die Stationen von Hintergrundgesprächen zum Zensus 2011. Experten aus Bund und Ländern informierten insgesamt rund 60 Journalistinnen und Journalisten ausführlich über Nutzen und Notwendigkeit des Zensus, Methode und Zeitplan, über Berührung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Zensus, über Datenschutz und Datensicherheit sowie über Zensuskosten. Die Journalisten, aber auch Zensuskritiker, nutzten die Gelegenheit zum intensiven Nachfragen.

Mai

Die Interviewanfragen zum Zensus erreichen Ihren Höchststand: Vier Interviews musste die Projektleiterin Dr. Sabine Bechtold in der Tagesspitze bewältigen. Die Presse- und Bürgeranfragen stapelten sich. Am 9. Mai 2011 war es dann schließlich soweit: Präsident Egeler gab gemeinsam mit den Amtsleitern von Nordrhein-Westfalen und Berlin-Brandenburg in einer Pressekonferenz in Berlin den Startschuss für den Zensus 2011 – 24 Jahre nach der letzten Volkszählung in Deutschland.

Juni

Die Diskussionen um den Zensus halten an: Daueraufreger Portopflicht, Dutzende Fragebögen zu viel oder für das falsche Objekt erhalten, Fragebogen auch an Tote verschickt und die Weigerung, Interviewerinnen und Interviewer reinzulassen sind die Hauptthemen der Presse und der Bürger. Insgesamt ist die Berichterstattung in den Medien aber ausgewogen. Es werden sowohl die Schwachstellen kommentiert, aber auch objektiv über Ziele und Methoden des Zensus berichtet. Allein im Mai und Juni erschienen in den von uns beobachteten Medien rund 440 Beiträge.

Juli

Der lange und strenge Winter im Jahr 2010 hatte positive Wirkungen auf die Unfallstatistik des Jahres 2010, bilanzierte Präsident Egeler bei einer Pressekonferenz in Berlin. Zwar stieg die Zahl

der Unfälle, dennoch starben im Straßenverkehr so wenig Menschen wie noch nie seit 60 Jahren. Klingt paradox, aber: Bei Schnee sind die Verkehrsteilnehmer vorsichtiger und fahren vor allem nicht so schnell. Oder bleiben ganz zu Hause.

August

Deutschland ist das kinderärmste Land in Europa: Die Zahl der Kinder in Deutschland ist seit dem Jahr 2000 um 2,1 Millionen gesunken, verkündete Präsident Roderich Egeler auf einer Pressekonferenz zum Leben der Kinder in Deutschland. Neben den Ergebnissen des Mikrozensus wurden auch Aspekte aus vielen anderen Fachstatistiken vorgestellt. Das Medieninteresse war enorm: Insgesamt sieben Fernseh- und Radiosendern musste Präsident Egeler im Anschluss an die Pressekonferenz Interviews zur Situation von Kindern in Deutschland geben.

September

Die Griechenland-Krise hat es gezeigt: Verlässliche Daten sind unerlässlich für eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik. Neue Vorschläge der Europäischen Kommission stellen neue Anforderungen an die europäische Statistik. In einem Hintergrundgespräch im Vorfeld der 97. Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Nationalen Statistik Institute (DGINS), die dieses Mal in Wiesbaden stattfand, skizzierte Walter Radermacher, Generaldirektor von Eurostat, die Weiterentwicklung der europäischen Statistik.

Im Anschluss diskutierten Medienvertreter mit ihm und Präsident Egeler die Konsequenzen für die deutsche Statistik.

Oktober

Das Statistische Jahrbuch feiert Jubiläum: Präsident Roderich Egeler stellte die 60. Ausgabe des Werks auf einer Pressekonferenz in Berlin vor und nutzte den Anlass, das Leben in Deutschland – heute und damals – zu vergleichen. Die Berichterstattung in Funk und Fernsehen war enorm.

Kurz darauf wurde der Datenreport 2011 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung präsentiert: Der Datenreport gilt als Sozialreport für Deutschland, der auch Fakten zur Debatte um den Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report beisteuert. Geeignete Strategien zur Messung von Wohlstand, Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung werden derzeit auf politischer Ebene verstärkt diskutiert. Statistiker und Sozialforscher stellten dazu objektive Daten zu Gesellschaft und Umwelt sowie empirische Ergebnisse zu subjektiven Erwartungen und Einstellungen der Menschen vor.

November

„Deutsche Agrarstrukturen: Einheit in Vielfalt“ – getreu diesem Motto präsentieren das Statistische Bundesamt, das Statistische Landesamt

Baden-Württemberg und Statistik Nord bei einer Pressekonferenz auf der Messe „Agritechnica“ in Hannover die regionalen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010. Der Ökolandbau und die Erzeugung erneuerbarer Energien sind die Zukunftsthemen deutscher Landwirte. Gemeinsam stellten die Ämter vor, wer wo am meisten produziert und auch in Sachen Hofnachfolge fit für die Zukunft ist. Parallel dazu war Destatis mit Unterstützung der Landesämter auch mit einem Stand auf der weltweit größten Technik-Messe für Landwirtschaft vertreten.

Dezember

Zum Jahresabschluss noch einmal Presseantrieb. Der Anlass: fast zehn Jahre Euro. Während die D-Mark als Garant für Preisstabilität gilt, wird der Euro hingegen häufig als Preistreiber bezeichnet. In einem Hintergrundpapier ging die Gruppe „Preise“ der Frage nach, ob der Euro den Beinamen „Teuro“ zu Recht trägt. Fazit: Die durchschnittliche Jahresinflationsrate lag in den zehn Euro Jahren bei 1,6%. Damit ist der Euro so stabil, wie es die D-Mark war. In sechs Fernseh- und Radiointerviews und zahlreichen weiteren Interviewanfragen von Printjournalisten zogen die Kollegen dann Bilanz, wie es um die Preisstabilität unserer Währung steht – echt und „gefühl“.

Und der Kunde sprach

Die Ergebnisse der Kundenzufriedenheitsbefragung 2011

Nur wer die Bedürfnisse und die Zufriedenheit seiner Kundinnen und Kunden kennt, systematisch abfragt, auswertet und im Blick behält, kann sein Handeln auch darauf ausrichten. Mehr denn je gilt dies für einen Informationsdienstleister wie das Statistische Bundesamt: Ein großes Angebot an Daten, Dienstleistungen und Produkten muss unterschiedliche und heterogene Kundenbedürfnisse bedienen. Wie Kundinnen und Kunden Veröffentlichungen, interaktive Angebote und Datenbanken nutzen und bewerten, sollte die Kundenzufriedenheitsbefragung 2011 klären. Durchgeführt wurde die Befragung vom LINK Institut für Markt- und Sozialforschung. Die Befragten mussten das Statistische Bundesamt in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal kontaktiert und im hauseigenen Kundenmanagementsystem registriert sein. Ebenso wurden Kundinnen und Kunden der Datenbank GENESIS-Online befragt. Insgesamt wurden 1003 Interviews geführt.

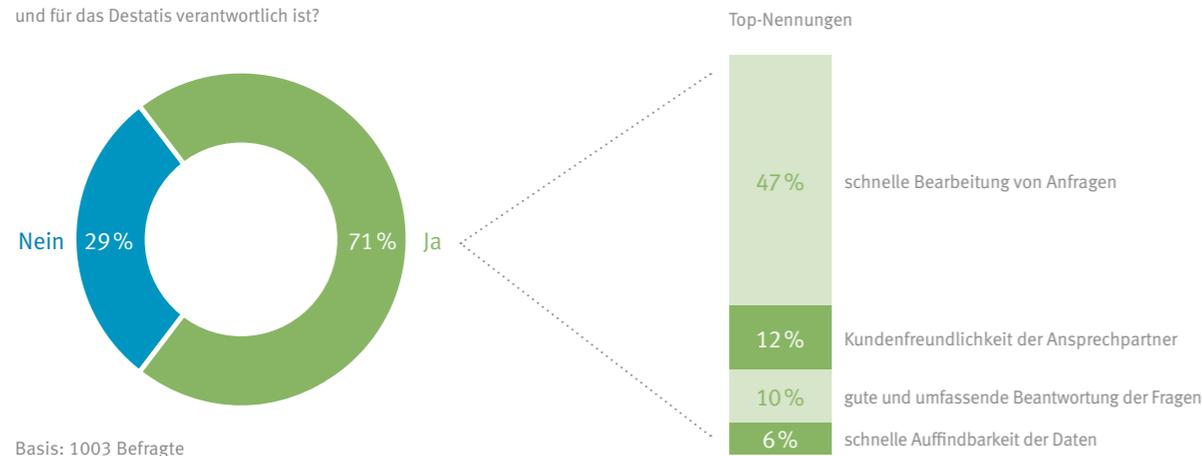
Die erfragten Einzelaspekte beziehen sich auf die Gesamtzufriedenheit mit den Leistungen des Statistischen Bundesamtes, dem

Userverhalten bezüglich der Kommunikationswege, der Nutzungshäufigkeit spezifischer Angebote, sowie der Zufriedenheit und der Beurteilung dieser Angebote. Die Nutzung und Recherche im Internet- und Datenbankangebot wurden ebenso beurteilt wie die persönliche Beratung über das Kundenmanagementsystem. Die Ergebnisse wurden mit der Kundenzufriedenheitsbefragung des Jahres 2007 verglichen.

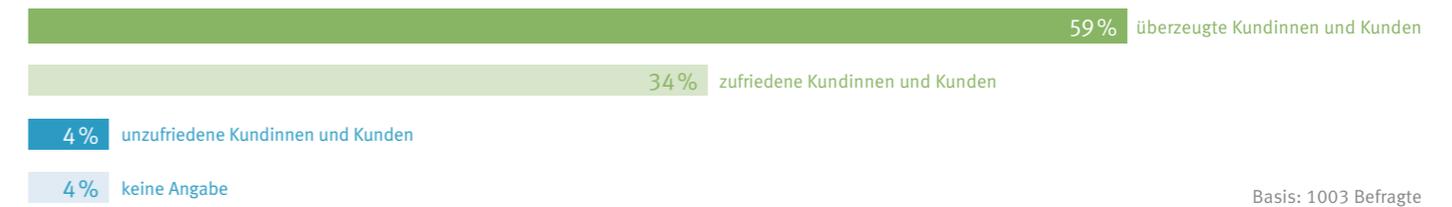
Ausgesprochen zufrieden war die Mehrheit der Befragten mit dem Angebot und den Leistungen des Statistischen Bundesamtes. Der Anteil der „überzeugten Kunden“ (das sind außerordentlich oder sehr zufriedene Befragte) konnte von 55% im Jahr 2007 auf 59% im Jahr 2011 ausgebaut werden. 34% der Kundinnen und Kunden waren zufrieden und nur 4% weniger zufrieden oder unzufrieden. Entsprechend ausgeprägt ist die Bereitschaft, den Service und das Angebot weiterzuempfehlen. Besonders positiv äußerten sich Kundinnen und Kunden aus der Gruppe Parteien, Verbände und Kirchen, die kritischste Gruppe war die Medienbranche.

Positive Erlebnisse mit dem Statistischen Bundesamt

Hat es jemals etwas gegeben, das Sie besonders gefreut hat und für das Destatis verantwortlich ist?



Zufriedenheit mit dem Statistischen Bundesamt insgesamt



Die höchsten Zufriedenheitswerte vergaben Kundinnen und Kunden für Schnelligkeit und Service bei der Bearbeitung von Anfragen – sei es telefonisch, online über das Kontaktformular oder per E-Mail. So waren 77% mit dem telefonischen Service außerordentlich oder sehr zufrieden und 72% mit der Bearbeitung der Online-Anfragen mehr als zufrieden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden als freundlich, kompetent und hilfsbereit bewertet.

Im Allgemeinen sind die Zufriedenheitswerte für sämtliche Kommunikationswege zum Statistischen Bundesamt angestiegen. Verbesserungspotential gibt es dennoch. So gaben 38% der Befragten an, sich geärgert zu haben, weil sie Daten in unserem Webangebot nicht auffinden konnten oder diese zu unübersichtlich dargestellt waren. Glücklicherweise konnte dieser Gruppe zu 86% über den Auskunftsdienst geholfen werden. Überzeugt waren von der Internetseite immerhin 37%, zufrieden waren 52%, und enttäuscht nur 10%. An diesen Schaltstellen wurde inzwischen gearbeitet: Ein Relaunch der Internetseite ist im Frühjahr 2012 online gegangen.

Signifikant verbessert hat sich das Angebot von GENESIS-Online, der Datenbank des Statistischen Bundesamtes. In den letzten vier Jahren sind die Zufriedenheitswerte mit dem Datenbankangebot um 16 Prozentpunkte auf 53% angestiegen.

Der Vergleich der Ergebnisse 2011 und 2007 zeigt, dass in Bereichen, deren Angebote in den letzten Jahren deutlich verbessert wurde (dies war beim Kundenmanagementsystem und der Datenbank GENESIS-Online der Fall) auch die Zufriedenheit am deutlichsten anstieg. Das herausragende Ergebnis dürfte aber der erneut große Vertrauensbeweis sein: 89% der Kundinnen und Kunden haben sehr großes bis großes Vertrauen in das Statistische Bundesamt, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und damit drei Prozent mehr als vor vier Jahren.

Überzeugt* und zufrieden sind ...



* Überzeugt = außerordentlich bzw. sehr zufrieden

Mikrodaten für Wissenschaft und Forschung

Das Statistische Bundesamt stellt kontinuierlich Daten für die Wissenschaft bereit. Die Erschließung der Mikrodaten ist fast abgeschlossen, jetzt stehen europäische Projekte des Mikrodatenzugangs im Vordergrund.

Zum 20. Mal veranstaltete im November 2011 das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft das Wissenschaftliche Kolloquium. Thema im letzten Jahr war der Zugang zu amtlichen Mikrodaten, Titel der Veranstaltung Micro Data Access – Internationale und nationale Perspektiven. Für das Kolloquium steht der Dialog zwischen amtlicher Statistik und ihren Nutzergruppen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden im Vordergrund.

Der Zugang zu Mikrodaten für Wissenschaft, Forschung und Öffentlichkeit ist sehr bedeutsam für die Arbeit der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die der Rentenversicherung Bund und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Zahlreiche Beiträge bereicherten das Kolloquium, das von Prof. Susanne Rässler von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg moderiert wurde.

Nahezu vollständig haben die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ) das Informationspotential der Mikrodaten der amtlichen Statistik für die Wissenschaft erschlossen. Damit ist eine leistungsfähige Infrastruktur im nationalen Umfeld geschaffen worden, die von der empirisch arbeitenden Wissenschaft stark nachgefragt wird. Die Bedürfnisse von Forschung und Wissenschaft verändern sich und werden immer differenzierter. So verbessert das FDZ den Zugang zu sensiblen Mikrodaten und erweitert sein Angebot kontinuierlich. Es werden derzeit Voraussetzungen geschaffen, auch komplexen Datenwünschen gerecht zu werden, um das Analysepotential weiter optimal auszuschöpfen.

International ist das FDZ an zwei Projekten im europäischen Raum beteiligt, weltweit stellt das FDZ schon seit mehreren Jahren Public Use Files zur Bevölkerungsstatistik bereit. Im europäischen Bereich geht es bei einem der Projekte um den standardisierten Zugang der empirischen Wissenschaften zu europäischen Mikrodaten (ESSnet on Decentralised and Remote Access to Confidential Data in the

ESS). Sichere Zugangsmöglichkeiten für einen modernen, dezentralen Mikrodatenzugang werden hier entwickelt, erprobt und gemeinsam mit Eurostat eingeführt. Über den Stand der Dinge informiert www.safe-centre.eu.

Daneben wird in einem größeren Zusammenhang im siebten Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Kommission – Data without Boundaries – an einem modernen Datenzugang gemeinsam mit den Datenarchiven, den Statistischen Instituten und Ämtern sowie anderen öffentlichen Datenproduzenten auf der europäischen Ebene gearbeitet. Nähere Informationen bietet die Seite www.dwbproject.org. Im Projekt IPUMS – Integrated Public Use Microdata Series hat das Forschungsdatenzentrum auf www.ipums.org Daten des Zensus und Mikrozensus vollständig anonymisiert und bereitgestellt.

Die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen auf nationaler und europäischer Ebene sowie die Erschließung des Analysepotentials der aktuellen Zensusdaten sind weitere Tätigkeitsfelder. Weiterhin wird an der Erschließung von Mikrodaten zum Thema Gesundheit gearbeitet, um eine bedarfsgerechte Infrastruktur für Wissenschaft und Forschung zu bieten.

Forschungsthemen 2011:

- Elterngeld
- Spenden
- Hartz-IV-Reform
- Kosten und Leistungen der Gesundheit
- Steuerreformen
- Riester-Rente
- Soziale Absicherung

Basis: Mikrodaten des Forschungsdatenzentrums
www.forschungsdatenzentrum.de



Gerhard-Fürst-Preis 2011

Zum 13. Mal wurde der Gerhard-Fürst-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit einem engen Bezug zum Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik verliehen. Ausgezeichnet wurde die Dissertation zum Thema „On Hospital Competition: Quality, Efficiency, and Ownership“ von Dr. Annika Herr. Links: Vizepräsident Dieter Sarreither.



Zwei wissenschaftliche Nachwuchskräfte wurden mit einem Förderpreis geehrt: Philipp Breidenbach für seine Diplomarbeit „Europäische Strukturfonds und regionale Einkommenskonvergenz. Eine empirische Analyse mit Paneldaten“ sowie Wolf Heinrich Reuter für seine Bachelorarbeit „Establishing an Infrastructure for Remote Access to Microdata at Eurostat“.

Fakten leicht verständlich

Die wichtigsten Ergebnisse aus dem umfangreichen Material des Statistischen Bundesamtes in kompakter Form: Broschüren mit Texten, Grafiken und kurzen Tabellen liefern die notwendigen Informationen zu gesellschaftlich relevanten Themen.

Im Blickpunkt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU

Die Jungen werden immer weniger, die Alten immer mehr. Diese Verschiebung in der Altersstruktur wird als demografischer Wandel bezeichnet und ist die Folge anhaltend niedriger Geburtenraten und steigender Lebenserwartung. Die Broschüre zeigt, wie Ältere leben, was sie tun und wie es ihnen geht. Dabei wird deutlich, dass Alter nicht immer gleichzusetzen ist mit Ruhestand und Lebensabend, sondern auf vielfältige Weise aktiv gestaltet wird. ¹

Landwirtschaft auf einen Blick

In den letzten zehn Jahren haben sich die Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland grundlegend geändert. Eine stärkere Marktorientierung, Umweltbewusstsein und die Ausrichtung an den Belangen der Verbraucherinnen und Verbraucher haben diese Zeit geprägt. Die Broschüre „Landwirtschaft auf einen Blick“ bietet einen Überblick über Strukturen, Produktionsweise und Produkte der deutschen Landwirtschaft. ²

Hochschulen auf einen Blick

In der Broschüre werden die wichtigsten nationalen Kennzahlen zu Hochschulzugang, Absolventen, Personalstruktur und Betreuung, überregionaler Attraktivität sowie finanzieller Ausstattung der Hochschulen beschrieben. Im Fokus stehen Veränderungen und Trends, die sich seit der letzten Ausgabe abgezeichnet haben. Das

ist insbesondere die fortschreitende Etablierung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die sich auf die Studiendauer und das Alter der Absolventinnen und Absolventen auswirkt.

Preise auf einen Blick

Geld und Preise beeinflussen nahezu alle Bereiche unseres Lebens. Preise dienen als Entscheidungskriterien, sie bieten Orientierung und setzen Anreize und Grenzen. Die Broschüre „Preise auf einen Blick“ zeichnet ein umfassendes Bild der Preisentwicklung auf verschiedenen Märkten und Wirtschaftsstufen. Darüber hinaus vermittelt sie Hintergrundinformationen zum Verständnis und zur Interpretation der amtlichen Preisstatistiken. ³

Datenreport 2011: Neuer Sozialbericht für Deutschland

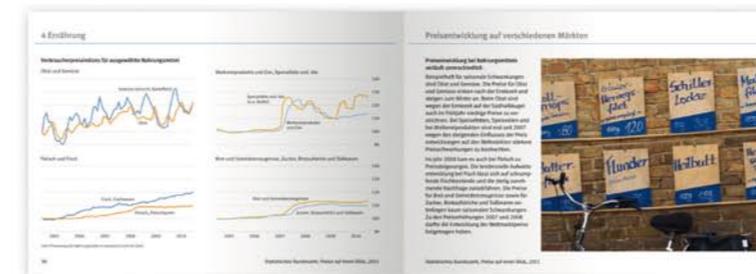
Der neue Datenreport 2011 berichtet über Themen, die als Indikatoren für Lebensqualität und gesellschaftliche Wohlfahrt ins Blickfeld der Politik gerückt sind. Dazu gehören neben der Verteilung von materiellem Wohlstand, Erwerbsarbeit, persönlicher und wirtschaftlicher (Un)Sicherheit auch Aspekte wie Gesundheit, Bildung, Umwelt, persönliche Aktivitäten, politische Partizipation und soziale Beziehungen. Der Datenreport ist ein Gemeinschaftsprojekt des Statistischen Bundesamtes (Destatis), des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). ⁴



1



2



3



4



Auf dem Feld und im Stall: Landwirtschaftszählung 2010

Die Landwirtschaftszählung findet weltweit alle zehn Jahre statt. In Deutschland wurden 2010 Hof und Tier gezählt, damit die europäische und nationale Agrarpolitik auf fundierte Daten zurückgreifen kann. Der Weg von einer europäischen Verordnung zum Fragebogen ist lang.

Die wenigsten dürften sich freuen, wenn sie einen Fragebogen der amtlichen Statistik in ihrem Briefkasten finden, wie beispielsweise die umfangreichen Fragebogen zur Landwirtschaftszählung 2010. Es gibt schönere Dinge als Fragebogen auszufüllen – auch wenn man nicht zu allen Fragen Auskunft geben muss. Aber die Landwirtschaftszählung, die alle zehn Jahre weltweit durchgeführt wird, beantwortet wichtige Fragen über Strukturen in der Landwirtschaft, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe oder die Produktion von Nahrungsmitteln. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung beantworten aber auch nationale, agrarpolitische Anliegen, bis hin zu regionalen und kleinräumigen Fragestellungen. Möglich ist dieses durch die erstmals durchgeführte Landwirt-

schaftszählung mit georeferenzierten Daten. Besonders nachgefragt sind zurzeit Daten zum Ökolandbau, zu Pachtpreisen und zusätzlichen Einkommensquellen in der Landwirtschaft, speziell im Bereich der erneuerbaren Energien.

Rund 300 000 Landwirte, deren Betriebe eine bestimmte Mindestgröße erreichten, erhielten 2010 den Fragebogen zur Landwirtschaftszählung. Er umfasste Fragen zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen und Tierbeständen, den Eigentums- und Pachtverhältnissen, der Beschäftigtenstruktur in den Betrieben, der Hofnachfolge und den nichtlandwirtschaftlichen Einkommensquellen.

80 000 repräsentative Betriebe wurden zusätzlich zu ihren landwirtschaftlichen Produktionsmethoden befragt. Hier lagen die Schwerpunkte auf umwelt- und tierschutzrelevanten Themen, wie dem Umgang mit den Ressourcen Boden und Wasser, dem Klimaschutz und der Tierhaltung. Eine Nacherhebung zum Thema Bewässerung fand bei weiteren 14 000 Betrieben statt. Landwirtinnen und Landwirte, die zu beiden Bereichen Angaben machten, mussten sich mit 36 Fragebogenseiten, Erläuterungen und rechtlichen Hinweisen beschäftigen.

Hinter dem Fragebogen im Briefkasten lag ein langer Weg, der in Brüssel mit ersten Verordnungsentwürfen begann. Wer die Komplexität der europäischen Gesetzgebung kennt, wird nicht überrascht sein, dass angefangen von den ersten Entwürfen bis zur endgültigen Verordnung für die Landwirtschaftszählung gut vier Jahre vergangen sind. Dabei konnte Deutschland im Rahmen der Trio-Präsidentschaft 2007 mit Portugal und Slowenien die Verordnung maßgeblich mitgestalten. In vielen Sitzungen in Brüssel, Luxemburg und Wiesbaden wurden in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und dem Ratssekretariat Kompromisstexte erarbeitet, die 2008 endgültig verabschiedet wurden.



Mit den Arbeiten für die Fragebogenerstellung und Programmierung musste das Team der Landwirtschaftszählung weit früher beginnen – bereits im Jahr 2006. Das europäische Gesetzgebungsverfahren und auch die nationale Gesetzgebung im Agrarstatistikgesetz waren noch lange nicht abgeschlossen. Erst mit dem Agrarstatistikgesetz 2009 standen alle Merkmale, die erhoben werden sollten, endgültig fest. Der frühe Zeitpunkt für den Start der Vorbereitungsarbeiten war dafür zwingend notwendig. Hinter den Kulissen wurden – wie bei jeder Erhebung – neben dem Fragebogen Programme zur Datenerfassung und Datenprüfung vorbereitet und getestet. Angelegt wurden schließlich 500 Merkmale mit 450 Plausibilitätsprüfungen, die die hohe Datenqualität sichern.

Trotz des umfangreichen Fragebogens: Ein wichtiges Anliegen war es, die Landwirtinnen und Landwirte zeitlich so wenig wie möglich zu belasten. Der Fragebogen wurde möglichst komfortabel gestaltet, damit die Fragen richtig interpretiert und zügig beantwortet werden konnten. Im Vorfeld wurde dieses in zwei Pretests in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder getestet. Unverständliche Fragestellungen und Erläuterungen, ungünstige Abfolgen der Fragen oder fehlerhafte Fragebogensteuerung wurden korrigiert.

Insgesamt beteiligten sich sieben Bundesländer mit mehr als 30 unterschiedlich großen Betrieben und verschiedenen Produktionsschwerpunkten an der Testphase. Einige Teilnehmer nutzten den Besuch, um sich mit deutlichen Worten über die amtliche Statistik zu beschweren. Insgesamt waren die Erfahrungen bei den Pretests jedoch positiv und viele Anregungen wurden für die Gestaltung des endgültigen Fragebogens aufgenommen. Schließlich konnte der standardisierte Fragebogen den Statistischen Ämtern der Länder Ende 2009 zur Verfügung gestellt werden und eine Online-Version vom Landesamt Baden-Württemberg entwickelt werden.

Vor Beginn der Erhebung sollten die Landwirtinnen und Landwirte über wesentliche Inhalte und Ziele der Landwirtschaftszählung informiert werden. Dazu wurden in verschiedenen Fachzeitschriften Artikel über die bevorstehende Großerhebung veröffentlicht und unter www.landwirtschaftszaehlung.de ein eigenes Informationsportal eingerichtet. Für Bundes- und Landesbauernverbände wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Mit Begleitmaterial wurden Landwirtinnen und Landwirte auf die Erhebung vorbereitet um Antwort auf ihre zentrale Frage zu geben: „Was machen die eigentlich mit meinen Daten?“. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit war nötig, um eine Vertrauensbasis für Landwirtinnen und Landwirte zu schaffen, deren Sorge war, dass die erhobenen Daten von anderen Behörden für Kontrollzwecke genutzt werden.

Im März 2010 gingen die ausgefüllten Fragebogen bzw. Online-Meldungen bei den Statistischen Ämtern der Länder ein. Die Angaben wurden erfasst und plausibilisiert, was – aufgrund der Vielzahl an Fragen – mit zahlreichen telefonischen Rückfragen bei den Betrieben verbunden war.

Zur Entlastung der Landwirtinnen und Landwirte wurden einige Merkmale und Angaben aus Verwaltungsdaten übernommen. So wurden beispielsweise Datenbestände herangezogen, die Angaben zur Bodennutzung oder Informationen zum Tierbestand enthalten. Auch konnten Verwaltungsdaten genutzt werden, die Informationen über landesspezifische Fördermaßnahmen enthalten. Die Befragten sollten überall dort entlastet werden, wo bereits ausführliche Informationen vorhanden waren. Im Ergebnis lag für die in der Landwirtschaftszählung befragten Betriebe jeweils ein Datensatz vor, der sich aus Befragungsdaten und Verwaltungsdaten zusammensetzte. Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden zu diesem Zeitpunkt zu „Nummern“ – Namen und Adressen aus dem Datensatz entfernt. Das Ziel einer möglichst belastungsarmen Befragung und bestmöglicher Nutzung von Verwaltungsdaten ist in der



Praxis nicht immer leicht umsetzbar. Zum einen unterscheiden sich die verfügbaren Verwaltungsdaten zwischen den Bundesländern teilweise deutlich, zum anderen stammen sie aus verschiedenen Datenquellen.

Nach aufwändigen Programmierungsarbeiten konnten die Statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt die Veröffentlichungstabellen erstellen. Im letzten Schritt werden die Daten daraufhin geprüft, ob aufgrund der Angaben einzelne Betriebe identifiziert werden können. Ist dieses der Fall, werden diese Daten vor Veröffentlichung gesperrt. Damit wird einer der wichtigsten Grundsätze der amtlichen Statistik – die Geheimhaltung – sichergestellt.

Im Januar 2011 konnten erste Stichprobenergebnisse zur Pressekonferenz anlässlich der Grünen Woche veröffentlicht werden. Das breite Medienecho hat gezeigt, wie bedeutsam der Bedarf an landwirtschaftlichen Daten und Informationen ist. 2010, so die Ergebnisse, gehörte Deutschland neben Frankreich, Italien und Spanien nach wie vor zu den vier größten Agrarproduzenten der EU. Die Ergebnisse zu Bodennutzung, Tierhaltung, Arbeitskräften oder Landschaftspflege werden laufend im bestehenden Internetangebot mit den neuesten Ergebnissen aktualisiert.

Offiziell abgeschlossen ist die Landwirtschaftszählung, wenn die Erhebungsdaten an das europäische Statistikamt Eurostat 2012 übermittelt werden. Der nächste Agrarzensus findet theoretisch erst wieder in zehn Jahren statt. Die Planungen, ob ein neuer Agrarzensus auf europäischer Ebene nach dem Jahr 2016 stattfindet, haben gerade begonnen. In der Zwischenzeit werden 2013 und 2016 Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben stattfinden. Diese werden in Deutschland mit einer Stichprobe von nur 80 000 Betrieben und dann mit einer abgespeckten Fragebogenversion durchgeführt.



Im Interview: Ilse Aigner

Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Frau Ministerin, was sind die Zukunftsthemen in Ihrem Ressort und welche Themen sind Ihnen persönlich besonders wichtig?

Im Verbraucherschutz ist mir persönlich wichtig, dass die im Handel angebotenen Produkte nicht nur sicher sind, sondern auch das halten, was draufsteht. Hier stehen für mich Transparenz und die Information im Vordergrund. Die Kennzeichnung – insbesondere von Lebensmitteln – muss klar und verständlich sein. Der Verbraucher muss erkennen können, was er kauft. Das Vertrauen der Verbraucher ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg.

Im Bereich Landwirtschaft stehen 2012 die laufenden EU-Verhandlungen über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 im Mittelpunkt. Mir ist wichtig, dass die deutschen Bauern eine verlässliche Zukunftsperspektive haben und auch weiterhin erfolgreich wirtschaften können.

Im Rahmen der EU-weiten Landwirtschaftszählung wurden in Deutschland 299 000 landwirtschaftliche Betriebe befragt. Welche Daten aus der Zählung wurden von Ihrem Ministerium am dringendsten benötigt? Welche Informationslücken konnten durch die Zählung geschlossen werden?

Die Landwirtschaftszählung ist eine groß angelegte Bestandsaufnahme der Situa-

„Den besonderen Nutzen der Landwirtschaftszählung sehe ich in der guten Qualität der Ergebnisse.“

tion in der europäischen Landwirtschaft. Der Fragenkatalog ist breit gefächert und umfasst – um nur einige Bereiche zu nennen – sowohl Angaben zur Bodennutzung und Tierhaltung als auch zu den Beschäftigten der Betriebe, zum Beispiel zu ihrem Arbeitsumfang oder ihrer Ausbildung. Den besonderen Nutzen der Landwirtschaftszählung sehe ich in der guten Qualität der Ergebnisse. Es wurden wirklich alle landwirtschaftlichen Betriebe befragt, die die Erfassungsgrenze überschreiten. Dadurch haben wir auch eine Fülle von Regionaldaten mit Ergebnissen für einzelne Landkreise und Gemeinden, die die statistischen Ämter aus Stichprobenerhebungen gar nicht gewinnen können.

Diese Daten sind wirklich wertvoll. Die Ergebnisse zur Entwicklung der Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen – besonders der Preise für Neupachten, weil die die Dynamik des Preisauftriebs besonders deutlich machen – sind ja mit Spannung erwartet worden. Um weitere Beispiele zu nennen: Auch die Daten zu Stallhaltungsverfahren der wichtigen Nutztierarten, zur Weidehaltung von Rindern und Schafen und zur Lagerung von Wirtschaftsdünger

sind sehr wichtig, weil auf dieser Basis die Emissionen von klimawirksamen Gasen berechnet werden können. Gerade die Ergebnisse zu landwirtschaftlichen Produktionsverfahren sind eine Fundgrube von umweltschutzrelevanten Kennziffern, etwa zur Verbreitung bestimmter Erosionsschutzmaßnahmen, zum Fruchtwechsel und zur Verwendung von Wirtschaftsdünger.

Aber auch klassische Themen sind weiter wichtig, weil sie den Strukturwandel in der Landwirtschaft abbilden. Interessant sind die ergänzenden Informationen dazu, welche Bedeutung Einkommenskombinationen für die Betriebe haben, also etwa die Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder die Gewinnung erneuerbarer Energien.

Wir müssen uns allerdings auch den großen Aufwand vor Augen halten, der durch eine Zählung in dieser Größenordnung entsteht, für die befragten Landwirte und auch für die beteiligten Ämter. Deshalb haben wir den Umfang der Merkmale zur Deckung des nationalen Datenbedarfs auf wenige Punkte verringert. Außerdem wurden durch die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen

„Wir verfolgen die weiteren Entwicklungsarbeiten zur Georeferenzierung im Statistischen Bundesamt mit großem Interesse.“



der landwirtschaftlichen Betriebe mehr als 50000 kleine Betriebe ganz von der Auskunftspflicht befreit.

In welchen Bereichen muss die Agrarpolitik ohne Daten auskommen? Gibt es Bereiche, die statistisch „unterbelichtet“ sind?

Agrarpolitik kann ebenso wenig wie andere Politikbereiche ohne eine breite und fundierte Wissensbasis auskommen. Hier kann die amtliche Statistik jedoch nicht alles alleine leisten. Vielmehr müssen wir insbesondere auch Erkenntnisse aus Forschungsvorhaben und aus der wissenschaftlichen Politikberatung heranziehen beispielsweise für die Risikobewertung im Lebensmittel- und Kosmetikbereich oder als Grundlage für internationale Verhandlungen über Fischfangquoten oder Klimagase.

Die Landwirtschaftszählung ist bisher die erste und einzige Erhebung mit georeferenzierten Daten. Welchen Mehrwert bringen diese Daten für Ihr Ministerium und für Europa?

Die Georeferenzierung bietet neue Möglichkeiten, die Ergebnisse räumlich darzustellen. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür haben wir mit der Änderung des Agrarstatistikgesetzes im Jahr 2009 geschaffen. Wir verfolgen die weiteren Entwicklungsarbeiten zur Georeferenzierung im Statistischen Bundesamt mit großem Interesse. Die Ergebnisse können kleinräumig zugeordnet werden und es entfällt die Beschränkung auf die traditionelle Zuordnung nach administrativen Gebietseinheiten wie Länder- oder Kreisgrenzen. In vielen Fällen ist es sinnvoller, agrarstatistische Daten beispielsweise Naturräumen zuzuordnen. Der Clou dieser Darstellungsmöglichkeiten liegt für mich darin, dass auch Nutzer, die wenig Zeit mitbringen, Ergebnisse zu räumlichen Unterschieden auf einen Blick wahrnehmen können. Dies gilt erst recht, wenn solche Darstellungen sich auf die gesamte Europäische Union beziehen. Ein weiterer Vorteil sind die neuen Auswertungsmöglichkeiten, weil georeferenzierte Daten sinnvoll mit anderen raumbezogenen

Daten wie Boden- und Klimadaten zusammengeführt werden können.

Die Anteile der Flächen des ökologischen Landbaus lagen 2010 in Deutschland bei 5,9%. Im Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung, den das Statistische Bundesamt 2012 zum vierten Mal vorgelegt hat, liegt die Zielvorgabe bei 20%. Statistisch gesehen müsste die Fläche fast vervierfacht werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Bundesregierung unterstützt den ökologischen Landbau mit zahlreichen Maßnahmen, und auch ich persönlich engagiere mich hier sehr stark. Wir wollen den Ökolandbau in Deutschland weiter stärken, denn noch immer ist die Inlandsnachfrage nach Bioprodukten größer als das Angebot. Neben den Flächenprämien für die Umstellung auf den ökologischen Landbau ist das „Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ wesentlicher Bestandteil der Förderung. Außerdem setze ich mich für einen klaren, praxisbezogenen Rechtsrahmen und faire Wettbewerbsbedingungen ein. Entscheidend für die weitere Entwicklung des ökologischen Landbaus wird seine Wettbewerbsfähigkeit sein. Nicht zuletzt liegt die Entwicklung des ökologischen Landbaus in den Händen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Das Thema Lebensmittelabfall ist 2011 durch den Kinofilm „Taste the Waste“ über die deutschen Grenzen hinaus in die Schlagzeilen geraten. Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO werden in Europa 280 kg der Nahrung pro Kopf und Jahr weggeworfen. Sie haben dazu eine Studie in Auftrag gegeben. Müssen wir in Zukunft – statistisch gesehen – den Lebensmittelanteil beim Abfallaufkommen differenzierter abbilden?

Lebensmittel sind buchstäblich Mittel zum Leben. Sie sind kostbar und wertvoll. Das verpflichtet uns zu einem sorgsamem Umgang mit ihnen schon aus ökonomischen, ökologischen und moralischen Gründen. Für mich persönlich sind die hohen Verluste von wertvollen Lebensmitteln, über die es in den meisten Staaten nur Schätzwerte

gibt, schwer zu ertragen. Zu groß ist das Potenzial, das wir verloren geben, anstatt es sinnvoll einzusetzen. Wir müssen uns daher den Wert von Lebensmitteln immer wieder neu ins Bewusstsein rufen. Bisher liegen nur Schätzungen vor, wie viele Lebensmittel auf dem Müll landen. Mit einer nationalen Studie wollen wir eine genaue Auskunft darüber bekommen, wie viel Ware in Deutschland weggeworfen wird und an welchen Stellen dies geschieht.

Frau Ministerin Ihr Ressort ist reger Nutzer unserer Daten in den verschiedensten Bereichen. Wo können wir Ihrer Meinung nach besser werden?

Auf diese Frage fällt mir eine Antwort schwer! Das Statistische Bundesamt hat die Möglichkeiten, die das Internet bietet, sicherlich konsequent genutzt, um sich als moderner Informationsdienstleister zu positionieren. Beeindruckend ist auch das Ausmaß an wissenschaftlicher Kompetenz, das sowohl bei der Konzeption von Erhebungen, als auch in die Aufbereitung und Kommentierung der Ergebnisse einfließt.

Einen wachsenden Bedarf aus Nutzersicht gibt es meines Erachtens zu den Metadaten, also den „Daten über die Daten“. Insbesondere bei Hinweisen, die auch etwas über die Grenzen der Genauigkeit und Aussagefähigkeit der Ergebnisse sagen. Aber auch hier, so habe ich mir sagen lassen, ist schon viel geschehen. Sowohl mit den sogenannten Qualitätsberichten zu den Erhebungen, als auch mit den sehr markanten Hinweisen auf die Genauigkeit hochgerechneter Daten.

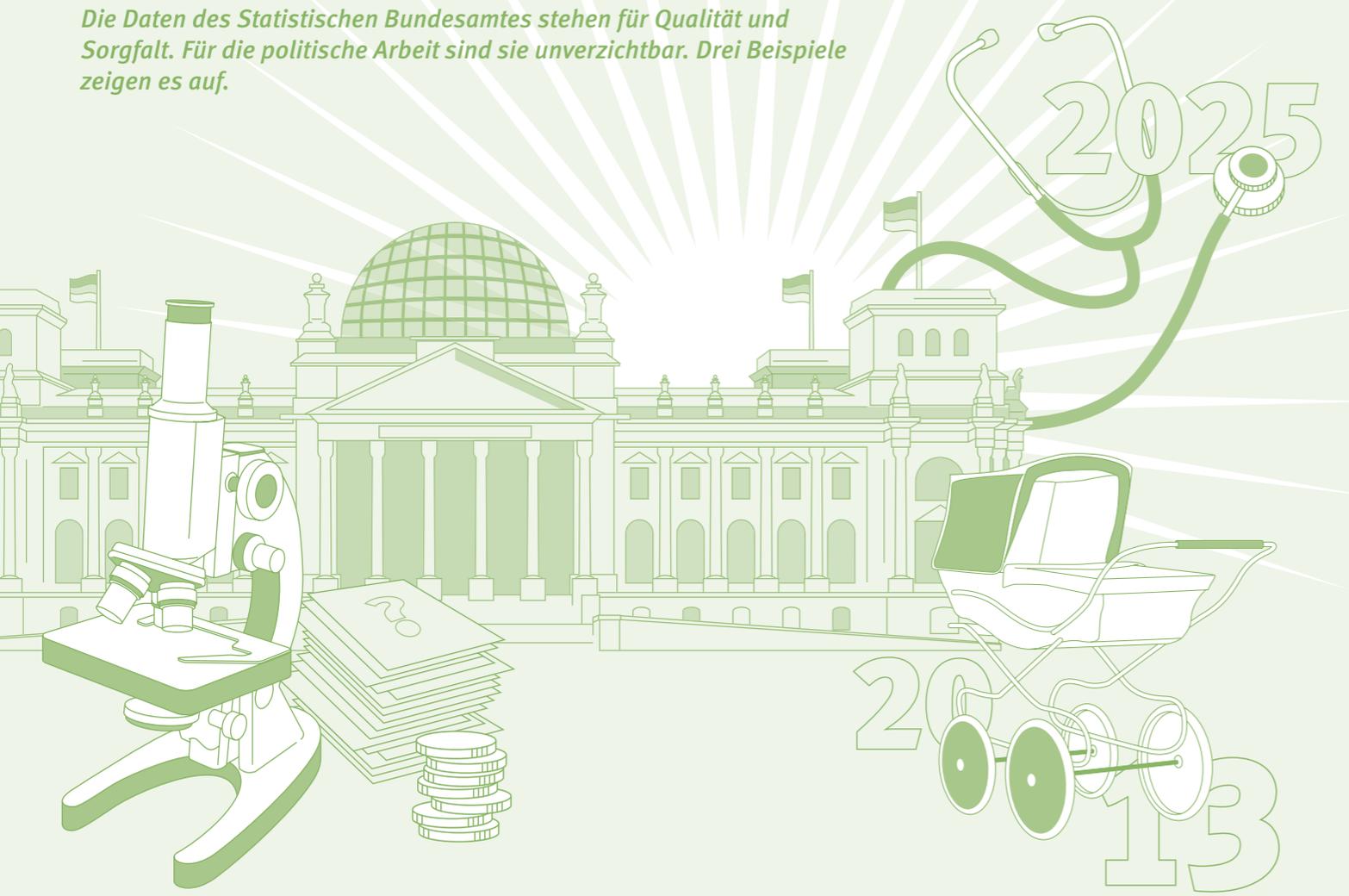
„Das Statistische Bundesamt hat die Möglichkeiten, die das Internet bietet, sicherlich konsequent genutzt, um sich als moderner Informationsdienstleister zu positionieren.“



Ilse Aigner ist seit 2008 Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Die Elektrotechnikerin vertritt seit 1998 den Wahlkreis Starnberg im deutschen Bundestag.

Politikberatung

Die Daten des Statistischen Bundesamtes stehen für Qualität und Sorgfalt. Für die politische Arbeit sind sie unverzichtbar. Drei Beispiele zeigen es auf.



1 Demografische Entwicklung: Pflegekräfte 2025

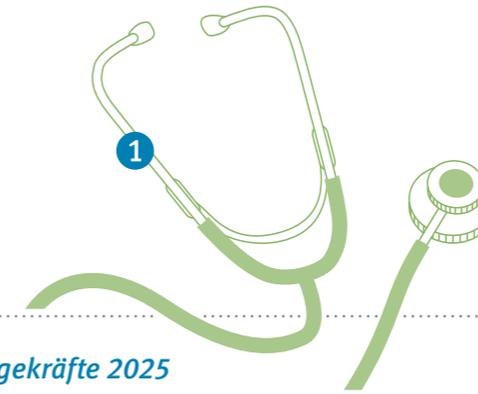
Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung haben das Statistische Bundesamt und das Bundesinstitut für Berufsbildung gemeinsam vorausgerechnet, wie sich Bedarf und Angebot an Pflegekräften bis zum Jahr 2025 entwickeln.

2 Bildungsausgaben: Geben und Nehmen

Der jährlich erscheinende Bildungsfinanzbericht ist wesentlicher Teil der deutschen Bildungsberichterstattung und elementar für die Planungen auf der Bundes- und Länderebene. Politische Zielgrößen im Bildungsbereich basieren auf den zentralen Ergebnissen der Bildungsfinanzstatistik.

3 Kindertagesbetreuung in Deutschland: Zielvorgaben 2013

Die Betreuung von kleinen Kindern in Kindertageseinrichtungen und die Zahl der Tagesmütter und Tagesväter steigen an. Die Statistiken zur Kindertagesbetreuung zeigen auf, wo die Ausbaudynamik an Betreuungsplätzen noch gesteigert werden muss, damit die politischen Ziele erreicht werden.



Demografische Entwicklung: Pflegekräfte 2025

Die Pflege kranker und älterer Menschen ist sehr personalintensiv und sollte von qualifizierten Personen durchgeführt werden. Eine schrumpfende und älter werdende Gesellschaft stellt bestehende Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen vor besondere Herausforderungen. Das Statistische Bundesamt und das Bundesinstitut für Berufsbildung haben gemeinsam vorausgerechnet, wie groß der Bedarf und das Angebot an Pflegekräften bis zum Jahr 2025 sein werden.

Der künftige Bedarf an Pflegekräften wird vom Statistischen Bundesamt abhängig von der zu erwartenden Zahl der Krankenhausfälle und Pflegebedürftigen ermittelt. Hierbei werden zwei Szenarien betrachtet: Beim Status-Quo-Szenario ist die künftige Zahl der zu versorgenden Krankenhausfälle und Pflegebedürftigen allein von der Altersstruktur der Bevölkerung abhängig. Ein weiteres Szenario basiert auf der Überlegung, dass Menschen bei steigender Lebenserwartung auch erst im späteren Lebensalter krank oder pflegebedürftig werden.

Wie viele Pflegekräfte voraussichtlich bis zum Jahr 2025 auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden, leitet das Bundesinstitut für Berufsbildung aus der Angebotsentwicklung der Gesundheitsberufe ohne Approbation ab. Die Analysen verdeutlichen, dass bereits heute fachfremde Arbeitskräfte um- oder angelernt werden, um den Bedarf an Pflegekräften zu decken. Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes weisen darauf hin, dass der Zeitpunkt, zu dem ein Pflegekräftemangel auftritt, auch von der Beschäftigungsstruktur (Anteil der Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten) und der geleisteten Wochenarbeitszeit in Pflegeberufen, abhängig ist.

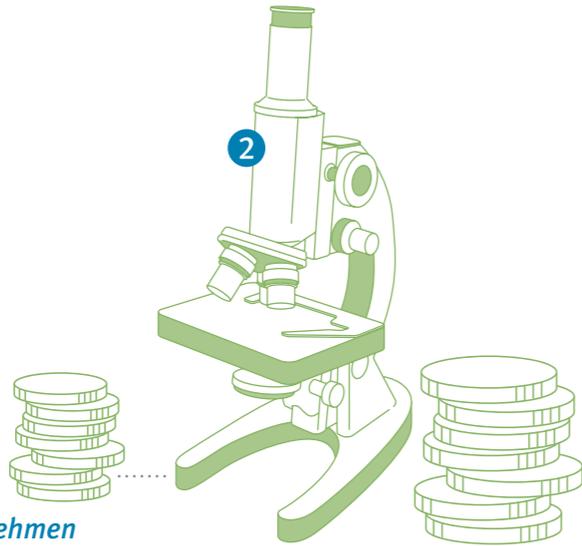
In Pflegeberufen arbeiten überwiegend Frauen. Im Jahr 2005, dem Basisjahr der Projektionen, war von ihnen jede zweite teilzeit- oder geringfügig beschäftigt. Zudem gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland große Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur in

Pflegeberufen: So sind Frauen in Ostdeutschland wesentlich häufiger vollzeitbeschäftigt als in Westdeutschland. Auch bei einer teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigung haben sie eine durchschnittlich höhere Wochenarbeitszeit als ihre westdeutschen Kolleginnen.

Die Ergebnisse zeigen weiter, dass ein Pflegekräftemangel in Zukunft voraussichtlich auch dann nicht verhindert werden kann, wenn fachfremde Arbeitskräfte im Pflegebereich eingesetzt werden: Nach dem Status-Quo-Szenario fehlen im Jahr 2025 rund 152 000 Beschäftigte in Pflegeberufen. Ohne angelerntes Pflegepersonal würde sich die Lücke zwischen Bedarf und Angebot sogar auf rund 260 000 Pflegekräfte erhöhen. Gemäß der betrachteten Szenarien würden ausreichend Beschäftigte in Pflegeberufen nur unter zwei Bedingungen zur Verfügung: Krankheit und Pflegebedürftigkeit müssten sich in ein verglichen mit heute späteres Lebensalter verschieben. Gleichzeitig müsste bundesweit eine Beschäftigungsstruktur in Pflegeberufen realisiert werden, wie sie derzeit in den neuen Bundesländern anzutreffen ist.

Die bisherigen Analysen eröffnen auch Lösungswege: Es zeigt sich, dass ausgebildete Pflegekräfte zu hohen Anteilen in ihrem erlernten Beruf verbleiben. Der hohe Anteil der Um- bzw. Angelernten verdeutlicht auch, dass eine Zuwanderung fachfremder Arbeitskräfte in Pflegeberufe möglich ist. Voraussetzung ist eine gewisse Attraktivität der Pflegeberufe im Kontext des allgemeinen Fachkräftemangels.

Eine weitere Stellschraube sind die Beschäftigungsstruktur und die Wochenarbeitszeit. Ein höherer Anteil an Vollzeitstellen und eine Aufstockung der Wochenarbeitszeit würde den Pflegekräftemangel verzögern. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich gerade westdeutsche Pflegekräfte bewusst für die Ausübung einer Teilzeit- bzw. geringfügigen Beschäftigung aufgrund persönlicher oder familiärer Verpflichtungen entscheiden.



Bildungsausgaben: Geben und Nehmen

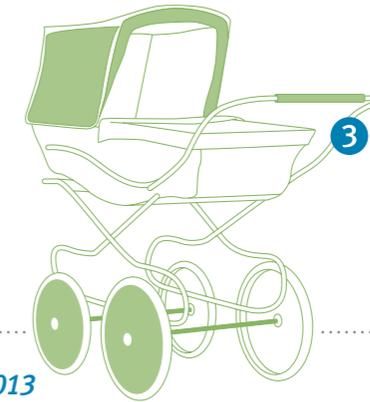
2,6% mehr Bildungsausgaben als im letzten Haushaltsjahr – das war eine Meldung aus dem Statistischen Bundesamt zum Jahresausklang 2011. Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2011 Bildungsausgaben in Höhe von 106,2 Milliarden Euro veranschlagt. Investitionen für Bildung und Forschung, die Sicherung von Humanressourcen und ein leistungsfähiges Bildungswesen sind Grundlage für die Herausforderungen moderner Gesellschaften, so der breite Konsens. Der Finanzausstattung des Bildungswesens kommt eine große Aufmerksamkeit zu, fundierte Daten und Indikatoren sind für das Bildungswesen, das politische Handeln und die wissenschaftliche Arbeit unerlässlich.

Verfügbare Daten zu den Bildungsausgaben erscheinen jährlich im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes. Seit 2008 wird der Bericht in dieser Form im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz durch das Statistische Bundesamt erstellt. Er informiert neben den Bildungsausgaben auch über die Rahmenbedingungen. Zusätzlich gibt der Bericht Auskunft über das konzeptionell umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Darin sind auch die von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und dem Ausland finanzierten Bildungsausgaben sowie die Forschungsausgaben enthalten. Demnach beliefen sich im Jahr 2009 die gesamtstaatlichen Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft auf 224,0 Milliarden Euro bzw. 9,3% des Bruttoinlandsprodukt. Darüber hinaus diente das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft als Orientierungshilfe für die zentralen Vereinbarungen des Bildungsgipfels im Jahr 2008: In Deutschland soll der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 gesteigert werden.

Die nationale Berichterstattung wird durch ein Bildungsmonitoring im internationalen Vergleich nach OECD-Abgrenzungen ergänzt. Im

internationalen Vergleich der OECD, so der Bildungsfinanzbericht 2011, ist der Anteil der Bildungsausgaben am BIP deutlich niedriger als in anderen OECD Staaten. 2008 lagen die Bildungsausgaben, gemessen an der Wirtschaftskraft mit 4,8% unter dem OECD-Durchschnitt von 5,9%. Zwischen den Bildungsbereichen bestanden in Deutschland dabei aber große Unterschiede: Die Ausgaben für Schüler und Schülerinnen im Primar- und Sekundarbereich I lagen unter, die Ausgaben im Sekundarbereich II über dem OECD-Durchschnitt. Deutlich über dem OECD Durchschnitt lagen 2008 auch die Ausgaben je Studierenden in Deutschland.

Der Bildungsfinanzbericht ist objektiv und neutral und enthält sich politischer Wertungen und Empfehlungen. Er bietet die Betrachtung von Bildungsausgaben nach verschiedenen Konzepten an, enthält methodische Erläuterungen und Hintergrunddaten. Nicht berücksichtigte Konzepte, zum Beispiel das von der Länderfinanzseite favorisierte Nettoausgabenkonzept werden erläutert. Expertinnen und Experten aus verschiedenen Ministerien, Landesämtern, aus Wissenschaft und Forschung sind beratend tätig und unterstützen das Statistische Bundesamt bei der Erstellung des Berichtes.



Kindertagesbetreuung in Deutschland: Zielvorgaben 2013

Familienpolitische Maßnahmen finden in der Öffentlichkeit viel Beachtung. Neben der Diskussion um flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten gilt der Ausbau der Kinderbetreuung als Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Angebot an Kindertagesbetreuung könnte Paare bestärken, ihren Kinderwunsch zu realisieren. Neben dem verbundenen Ziel, die Geburtenrate in Deutschland zu erhöhen, können wichtige arbeitsmarktpolitische Anforderungen erreicht werden: Qualifizierte Mütter und Väter haben bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Auf dem Krippengipfel von Bund, Länder und Kommunen wurde 2007 vereinbart, bis zum Jahr 2013 für 750 000 Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege bereitzustellen. Die jährlichen Ergebnisse der Statistiken über Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen sowie in öffentlich geförderter Kindertagespflege sind wichtigster Gradmesser dieser politischen Zielvorgabe.

Wie die letzten Ergebnisse zur Kindertagesbetreuung zeigen, ist die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen und belief sich zum Stichtag 1. März 2011 auf rund 517 000. Das entspricht einer Betreuungsquote von über 25%, bezogen auf alle Kinder dieser Altersgruppe. Erhebliche regionale Unterschiede bei den Betreuungsangeboten gibt es dabei noch im Ost-West Vergleich: In Sachsen-Anhalt wird mehr als jedes zweite Kind unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung, von einer Tagesmutter bzw. von einem Tagesvater betreut, das sind knapp über 56%. In Nordrhein-Westfalen ist es nur jedes sechste Kind und damit nur 16% dieser Altersgruppe. Um das Ziel von bundesweit 750 000 Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige zu erreichen, müssen folglich noch mehr als 230 000 Plätze für Kleinkinder geschaffen werden. Da die Betreuungsquoten in allen ostdeutschen Bundesländern traditionell deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, konzent-

riert sich der Ausbaubedarf ausschließlich auf die westdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte. Die bisherige Ausbaudynamik müsste sich verdoppeln. Zwischen März 2009 und 2010 lag der Anstieg bei 55 000 und zwischen März 2010 und 2011 bei rund 45 000 betreuten Kindern unter drei Jahren.

Neben den Betreuungszielen für Kinder unter drei Jahren, sieht das Kinderförderungsgesetz ab August 2013 einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab Vollendung des ersten Lebensjahres vor. Derzeit liegt die Betreuungsquote bei den 1-Jährigen bei rund 26% und bei den 2-jährigen Kindern bei 47%. Eine vergleichsweise geringe Bedeutung hat die Kindertagesbetreuung bei Kindern unter einem Jahr. Die Betreuungsquote lag im März 2011 deutlich unter 3%.

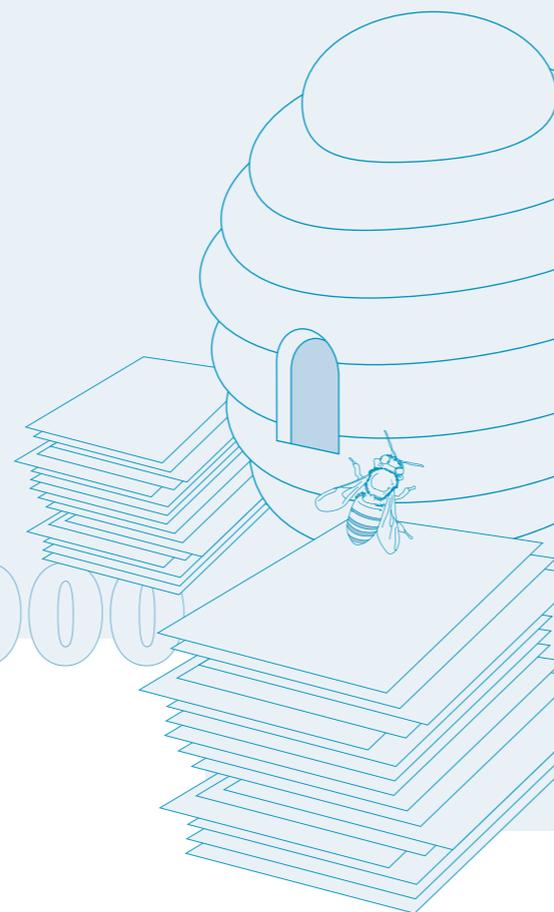
Es bleibt abzuwarten, ob die genannte Zielmarke bis 2013 erreicht wird und welchen Einfluss die mögliche Einführung eines Betreuungsgeldes auf die Inanspruchnahme von öffentlich finanzierten Betreuungsangeboten hat. Das SGB VIII sieht in § 16 Abs. 4 die Einführung eines solchen Betreuungsgeldes für diejenigen Eltern vor, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in einer Kindertageseinrichtung betreuen lassen.

Zensus 2011 in der entscheidenden Phase

Die Bevölkerung Deutschlands nahm den Zensus 2011 gelassen auf. Größere Proteste gab es keine. Allerdings mussten die zahlreichen Fragen der Bürgerinnen und Bürger, die rund um die Uhr im Statistischen Bundesamt eingingen, in kürzester Zeit beantwortet werden. Die Auswertung läuft auf Hochtouren, bis die ersten Ergebnisse präsentiert werden können.



> 1 000 000



2281 h
Gesprächszeit im
Servicecenter

„Offen, dialogorientiert und transparent kommunizieren“ – war einer der zentralen Leitsätze für die Kommunikation der größten amtlichen Erhebung seit 20 Jahren, dem Zensus 2011. Bevölkerung, Interviewer, Kommunen, Medien und Zensuskritiker – alle Akteure sollten sich informieren und ihre Fragen stellen können. Die interaktive Website www.zensus.de lieferte bereits im Vorfeld durch eine Guided Tour Informationen für Interessierte. Spots im TV, zum Beispiel in der Werbepause von „Wer wird Millionär?“ oder direkt vor dem „heute-journal“, Radio und Kino haben eine breite Öffentlichkeit angesprochen und neugierig gemacht.

„Hat nur jeder Hundertste eine Frage zum Zensus, dann kommen wir auf potenzielle 820 000 Bürgeranfragen.“ Dieser Satz aus den Planungsszenarien fasst zusammen, vor welcher Herausforderung die Statistischen Ämter beim Startschuss zum Zensus 2011 standen. In der Realität sollte sich das jedoch als optimistische Einschätzung

erweisen: Die Zahl der telefonischen und schriftlichen Anfragen aus der Bevölkerung lag bundesweit über der Millionengrenze. Proteste oder gar Widerstand gegen den Zensus 2011 waren jedoch Einzelfälle. Die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger richteten sich in der großen Mehrheit nicht gegen den Zensus als Ganzes. Unmut verursachten verfahrenstechnische Hürden wie zum Beispiel: Ärger ums Porto, Probleme bei der Online-Meldung oder Erinnerungsschreiben, die angeblich trotz abgegebener Meldung eintrafen.

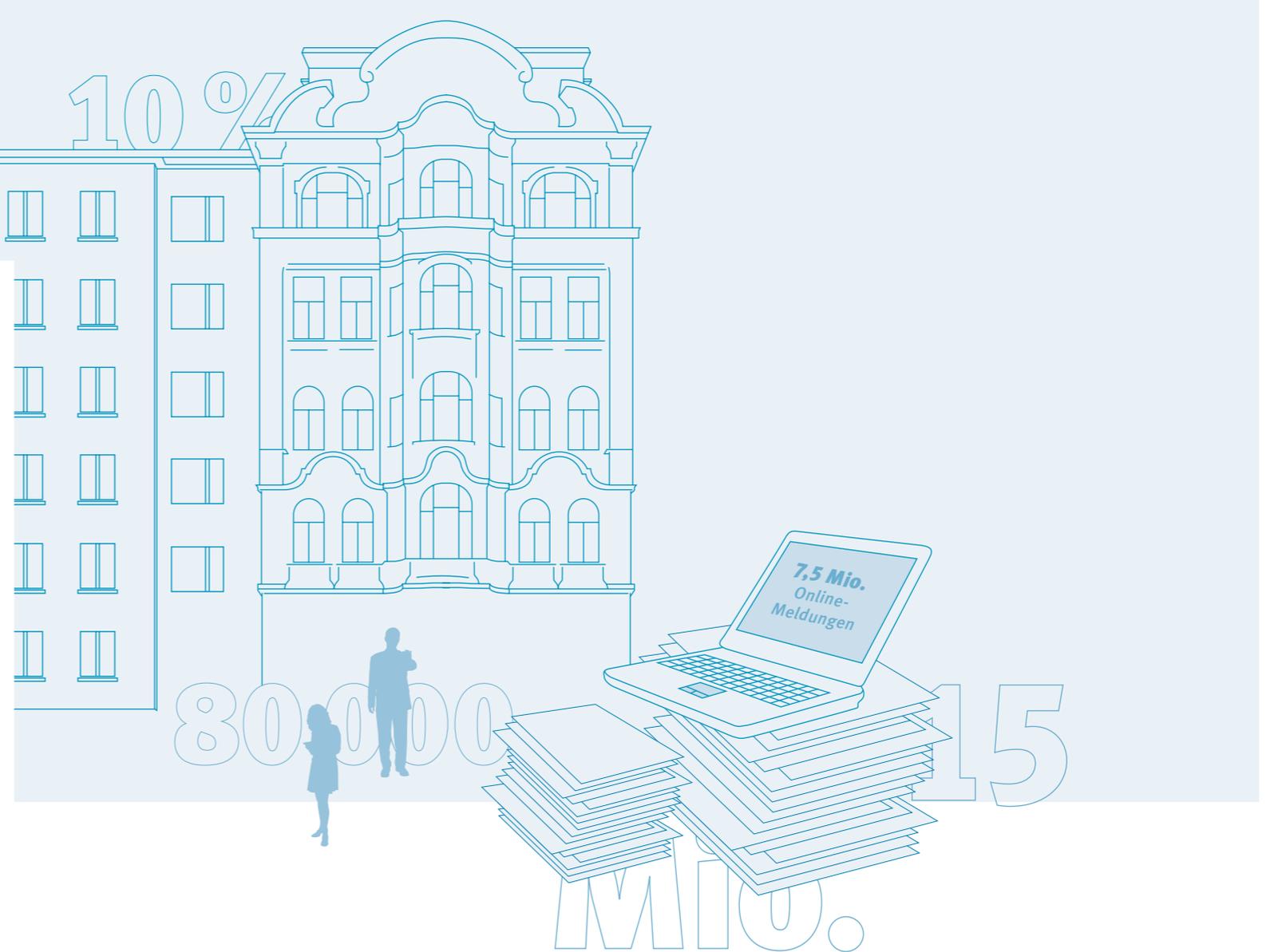
Die telefonischen Anfragen wurden im Statistischen Bundesamt vom Team der Zensushotline entgegen genommen. „Wir sind für alles rund um den Zensus da: Wir erklären die verschiedenen Fragebogen der Haushaltebefragung und der Gebäude- und Wohnungszählung, die gesetzlichen Zusammenhänge, manchmal sind wir Seelentröster und natürlich auch Prellbock“, so beschreibt Doris Gabb von der Zensushotline ihre Arbeit. Sie gehörte zu den 59 Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern, die sich alle zwei Stunden bei der Anrufannahme im Servicecenter – wegen der Geräuschkulisse auch „Bienenstock“ genannt – abwechselten. „Interessant war es allemal und Spaß hat es auch gemacht“, so lautet ihr Fazit. Michael Hacker erzählt von einem Telefonat mit einem älteren Herren, der den Fragebogen online ausfüllen wollte und um Hilfe bei der Beantwortung der Fragen bat. „Leider befanden sich bei dem Anrufer PC und Schnurtelefon in getrennten Räumen. Eine Frage wurde vorgelesen, besprochen, der Telefonhörer wurde beiseite gelegt, um im Nachbarraum die Eingabe zu machen. Frage für Frage wurde so durchexerziert und wir beide waren nach guten 45 Minuten zufrieden. Zum Glück hatte der Anrufer nur ein Einfamilienhaus und damit nur einen Fragebogen auszufüllen.“

90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an das Kundenmanagementsystem des Statistischen Bundesamtes angeschlossen waren,

sorgten zusätzlich zu ihrer täglichen Arbeit dafür, dass alle schriftlichen Anfragen aus der Bevölkerung zeitnah beantwortet wurden. In den Monaten Mai und Juni 2011 erreichten sie 52 000 schriftliche Anfragen. Am 9. Mai, dem Stichtag der Befragung, traf alle drei Sekunden eine schriftliche Anfrage ein. Für das Kundenmanagementsystem des Statistischen Bundesamtes, bisher mehr auf die individuelle Beantwortung als auf ein Massengeschäft ausgelegt, war dies eine ebenso große Herausforderung, wie für die Menschen, die dahinter standen. Ralf Müller und Daniela Hartmann, die zusammen das Anfragenmanagement koordiniert haben, können mit ihrem Team zufrieden sein.

Wie selbstverständlich Bürgerinnen und Bürger bei ihren Zensusmeldepflichten nicht nur zum Telefon, sondern auch zur Tastatur greifen, zeigte sich auch bei der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ). Bei diesem Teil der Zensusbefragung wurden alle 17,5 Milli-



onen Eigentümer von Wohnraum in Deutschland schriftlich befragt. Zurückgeschickt wurden bis Februar 2012 rund 15 Millionen Fragebögen auf Papier und 7,5 Millionen Online-Meldungen. Davon war auch das sechsköpfige Team der GWZ im Statistischen Bundesamt überrascht, "... gelten doch die Datenschutz sensibilisierten Deutschen als Online-Muffel wenn es um Verwaltungsdinge geht", so der Teamleiter Michael Neutze. Er weiß jetzt auch, welche Fragen sich Nicht-Statistiker stellen, wenn sie einen Fragebogen ausfüllen: Ist ein Hobbyraum, der ein Schwimmbad war, jetzt Wohnraum? Wie zählt man eine dritte Wohnung, die von zwei Parteien als privates Fitness-Studio genutzt wird?

Mit Hochdruck arbeiten die Beschäftigten daran, dass die Ergebnisse ihrer Arbeit rechtzeitig veröffentlicht werden können, doch bis dahin finden noch umfangreiche Aufbereitungsarbeiten sowie Daten- und Qualitätsprüfungen in den Statistischen Landesämtern

und im Statistischen Bundesamt statt. Im letzten Frühjahr konzentrierte sich zunächst alles auf den Start des „Erhebungsgeschäfts“ zum 9. Mai: Die Fragebogen für die Haushaltebefragungen mussten fertig gestellt, Erhebungstellenmitarbeiter und Erhebungsbeauftragte geschult werden. Für den Ablauf der Erhebung wurde ein bundeseinheitliches Vorgehen mit den Statistischen Ämtern der Länder abgestimmt, um frühzeitig Verzerrungen oder Qualitätsverluste der Daten zu vermeiden. Für die Haushaltebefragung waren insgesamt etwa 80000 Erhebungsbeauftragte in Deutschland unterwegs, um 10% der Bevölkerung direkt an ihrem Wohnort zu befragen. Ihre Hauptaufgabe war es, die Existenz der dort wohnenden Personen festzustellen und zusammen mit den Einwohnern die Fragebogen auszufüllen.

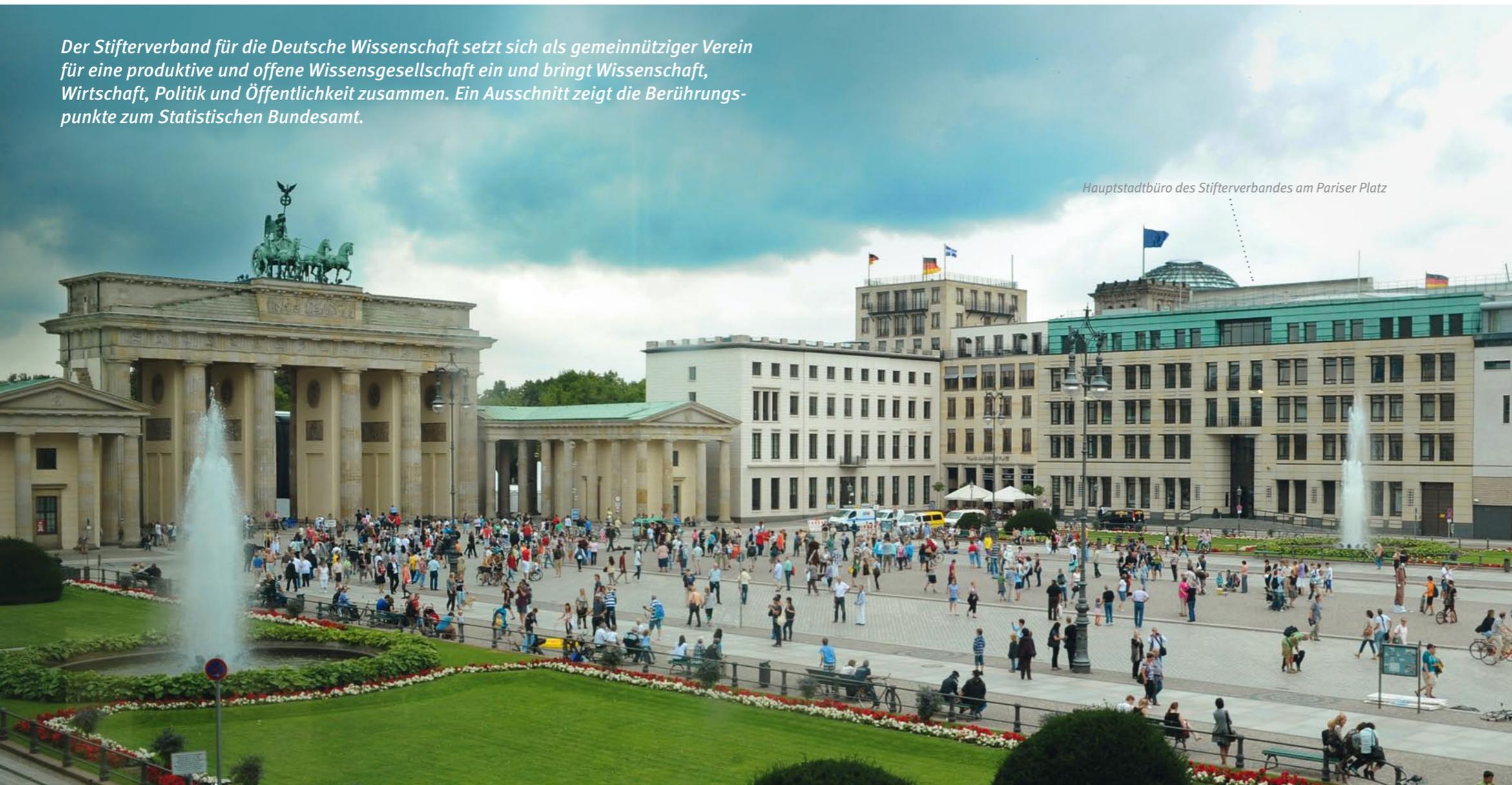
Jetzt prüfen die Zensus-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter unter anderem die Plausibilität der ermittelten Ergebnisse. Unstimmigkeiten

zwischen Melderegisterdaten auf der einen Seite und den Angaben aus Haushaltebefragung bzw. Gebäude- und Wohnungszählung auf der anderen Seite müssen geklärt werden. Hierbei spielen zwei Register eine zentrale Rolle: Zum einen das Adressen- und Gebäuderegister mit allen zensusrelevanten Adressen, an denen sich Wohnraum in Deutschland befindet (rund 20 Millionen Adressen), zum anderen das Register mit den Meldedaten. Hierzu wurden die Melderegister mehrfach für den Zensus ausgewertet. Ein in sich stimmiger Meldedatenbestand wurde dabei aus drei Lieferungen aller Meldestellen zu verschiedenen Stichtagen (mit jeweils rund 85 Millionen Datensätzen) aufgebaut. Beide Register wurden zentral vom Zensusteams des Statistischen Bundesamtes entwickelt und gepflegt. Nicht nur bei der Methode des registergestützten Zensus, sondern auch bei den für die Erfassung und Aufbereitung der Daten notwendigen IT-Anwendungen, zum Beispiel für die beiden Register, wurde Neuland betreten.

Mit mehreren kleineren nachgeschalteten Befragungen, die im ersten Halbjahr 2012 noch laufen, läutet der Zensus die letzte Klärungsrunde ein. Nur diese komplexe Vorgehensweise führt zum Ziel: Dass durch den registergestützten Zensus verlässlich die amtliche Einwohnerzahlen für Länder und Gemeinden festgestellt werden kann. Erste Ergebnisse des Zensus 2011 werden Ende 2012 erwartet und unter www.zensus2011.de veröffentlicht.

Im Kundenprofil: Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft setzt sich als gemeinnütziger Verein für eine produktive und offene Wissensgesellschaft ein und bringt Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zusammen. Ein Ausschnitt zeigt die Berührungspunkte zum Statistischen Bundesamt.



Hauptstadtbüro des Stifterverbandes am Pariser Platz

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ist eine Gemeinschaftsinitiative der deutschen Wirtschaft mit 3 000 Mitgliedern aus DAX-Konzernen, großen und kleinen Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und Privatpersonen. Der Stifterverband fördert Hochschulen, den akademischen Nachwuchs, unterstützt Forschungseinrichtungen und den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Im Jahr 2011 konnte der Stifterverband knapp 36 Millionen Euro für die Förderung von Bildung und Wissenschaft einsetzen. Er ist damit ein verlässlicher Förderpartner für Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen und ein wichtiger Dialogpartner für die Politik. Insgesamt verfügten die vom Stifterverband verwalteten Stiftungen im Jahr 2011 über ein Stiftungsvermögen von über 2,5 Milliarden Euro. Mit den frei eingeworbenen Spenden seiner Mitglieder und den Förderaktivitäten der Stiftungen ist der Stifterverband der größte private Wissenschaftsförderer in Deutschland. Zahlreiche Programme, Stiftungsprofessuren und Förderprogramme für Studierende sollen den Wissenschaftsstandort in Deutschland sichern.

Die Unternehmen versprechen sich, im Verbund des Stifterverbandes erfolgreicher und glaubwürdiger zu agieren, wenn strukturelle Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems verändert werden sollen. Ein Schuh, der die Unternehmen besonders drückt, ist der Fachkräftemangel. Nach aktuellen Schätzungen fehlen jedes Jahr bis zu 15 000 Ingenieure in Deutschland. Hier ruft der Stifterverband die Hochschulen auf, die Abbrecherquoten zu senken und die Lehre zu verbessern. Derartige Appelle der Unternehmen können aber nur dann überzeugen, wenn sie gemeinsam vorgebracht und durch eigenes Engagement unterfüttert werden, weiß der Generalsekretär des Stifterverbandes Andreas Schlüter. Fordern und fördern laute die Devise, sagt Schlüter.

Wirtschaftliche Bedeutung von Non-Profit Unternehmen

2011 stellte der Stifterverband in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt erste Ergebnisse des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ vor. Ziel des Projektes war es, Informationen zur wirtschaftlichen Bedeutung des gemeinnützigen Sektors zusammen zu tragen um langfristig ein Informationssystem zur Zivilgesellschaft aufzubauen. Ins Leben gerufen wurde das Projekt im Jahr 2008 vom Stifterverband, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz-Thyssen-Stiftung.

Mit Daten und Know-how konnte das Statistische Bundesamt zweifach zum Projekt beitragen: Erstens sollte die wirtschaftliche Bedeutung von Non-Profit-Organisationen in Anlehnung an die Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt werden. Was trägt der sogenannte Dritte Sektor in Deutschland zur gesamten Bruttowertschöpfung bei? Durch das Unternehmensregister konnte das Statistische Bundesamt zweitens eine vollständige Datenbasis aller wirtschaftlich aktiven Einheiten in diesem Sektor zur Verfügung stellen.

Geprüft wurde zunächst, welche Unternehmen des Unternehmensregisters als Non-Profit-Organisationen dem Dritten Sektor zuzuordnen sind. Neben maschinellen Zuordnungsalgorithmen waren dabei auch umfassende Einzelfallprüfungen notwendig. Ermittelt werden konnte die Anzahl der Unternehmen die zum Dritten Sektor gehören, die Zahl der dort Beschäftigten, sowie die Komponenten Vollzeit, Teilzeit und geringfügige Beschäftigung. Durch geeignete Lohnsätze und vorhandene Daten der Anlagevermögensrechnung konnte die Bruttowertschöpfung des Dritten Sektors berechnet werden. Im Jahre 2007, dem Basisjahr für die Berechnungen, entfielen auf den Dritten Sektor gut 4% der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Im Juni 2011 wurden diese und weitere Ergebnisse in Berlin vom Stifterverband der Öffentlichkeit präsentiert.

Durch das Projekt konnten seit 15 Jahren endlich wieder fundierte Ergebnisse zum gemeinnützigen Sektor präsentiert werden. Ziel der Wissenschaftsstatistik ist es, das Informationssystem in den nächsten Jahren weiter auszubauen um zentrale Entwicklungsfaktoren, wie zum Beispiel die Finanzierungsquellen des Dritten Sektors besser beschreiben zu können.

Daten zum Innovationsgeschehen in Deutschland

Die Stifterverband-Wissenschaftsstatistik erhebt seit den 1950er Jahren die Aufwendungen der Unternehmen und Institutionen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland. Als einzige Institution in Deutschland berichtet die Wissenschaftsstatistik über die FuE-Aktivitäten der Unternehmen nach internationalen OECD-Vorgaben und stellt wichtige Daten zum deutschen Innovationsgeschehen bereit. Die FuE-Ausgaben der Unternehmen sind eine wichtige volkswirtschaftliche Bestimmungsgröße für das Innovationstempo,



die Entwicklungsdynamik und die Produktivität eines Landes. Die Einrichtung wird gemeinsam vom Stifterverband und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) getragen.

In Essen, am Hauptsitz des Stifterverbandes, arbeitet das 14-köpfige Team der Wissenschaftsstatistik, interdisziplinär zusammengesetzt aus den Disziplinen Wirtschaftswissenschaft, Geographie, Mathematik und Soziologie. Alle zwei Jahre veröffentlichten sie die offiziellen Daten, wie viel Geld deutsche Unternehmen in Forschung und die Entwicklung investieren. Die aktuellen Zahlen für das Jahr 2010 zeigen: Deutschland hat die Krise gut überstanden: So hat die deutsche Wirtschaft insgesamt 46,9 Milliarden Euro in interne Forschung und Entwicklung (FuE) investiert – 3,7% mehr als im Jahr 2009. Damit blieb die Quote der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 1,9% praktisch auf dem Stand des Vorjahres. Zusammen mit den staatlichen Aufwendungen, die vom Statistischen Bundesamt erhoben werden, beläuft sich die Quote auf geschätzt 2,8%. Die Daten sind Grundlage für die FuE-Statistiken der OECD und der europäischen Statistiken von Eurostat. Darüber hinaus ist die Wissenschaftsstatistik Teil eines nationalen wie internationalen Forschungs- und Statistiknetzwerkes. Sie bearbeitet wissenschaftliche Dienstleistungsaufträge für Bundes- und Landesministerien, Forschungsinstitute, Gebietskörperschaften sowie Verbände.

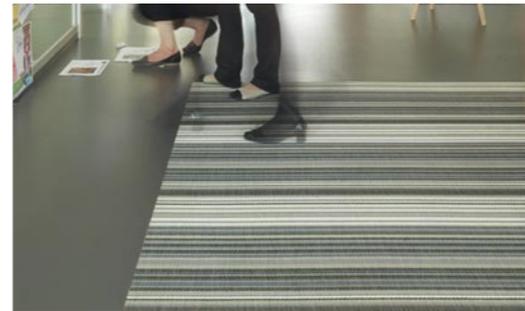
Die Arbeit der Wissenschaftsstatistik wird durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Zu den 14 Mitgliedern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gehört seit vielen Jahren auch der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, auf dem Gebiet der Forschungsstatistik besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt. So fließen die Daten der Wissenschaftsstatistik gemeinsam mit den Daten des Statistischen Bundesamtes zu außeruniversitären und universitären Forschungseinrichtungen in die nationale und internationale Berichterstattung zum Thema Forschung und Entwicklung ein.

Seit September 2011 hat auch die Geschäftsstelle der Expertenkommission Forschung und Innovation, kurz EFI, ihren Sitz bei der Wissenschaftsstatistik im Stifterverband. Per Bundestagsbeschluss wurde dieses Beratungsgremium im Jahr 2006 eingerichtet und legt jährlich ein Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor.

Die EFI analysiert Strukturen, Trends, Leistungsfähigkeit und Perspektiven des deutschen Forschungs- und Innovationssystems im zeitlichen und im internationalen Vergleich. Sie begutachtet aktuelle Schwerpunktfragen wie auch politische Strategien und sie erarbeitet Handlungsempfehlungen für die Politik in diesem Themenfeld. „In Fragen der Forschungs- und Innovationspolitik ist EFI damit das bedeutendste Beratungsgremium der Bundesregierung“, sagt Gero Stenke, Leiter der Wissenschaftsstatistik.

Im Interview: Prof. Peter Wippermann

Trendforscher und Professor für Kommunikationsdesign an der Folkwang Universität Essen



Herr Wippermann, Sie sind einer der bekanntesten Trendforscher in Deutschland. Sie beraten Unternehmen, Behörden und Entscheidungsträger zum gesellschaftlichen Wandel. Welche Themen interessieren Ihre Kunden am meisten?

Das eine ist der demografische Wandel, der jetzt auch die Unternehmen erreicht hat. Die Unternehmen beschäftigen sich verstärkt mit der Frage, wie sie an qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen können. Das zweite ist, was wir unter Netzwerkgesellschaft verstehen und diskutieren. Wie verändert eine datengestützte Infrastruktur alle Lebensbereiche – die Produktion, den Handel und die Politik? Es gibt noch weitere Themen, aber das sind die beiden zentralen Beobachtungsfelder, die wir momentan bearbeiten.

Wie muss man sich den Arbeitsalltag in Ihrem Trendbüro vorstellen?

Es gibt das Trendbüro schon seit 23 Jahren. Wir haben eine eher amerikanische Vorgehensweise in unseren Methoden. Sie sind pragmatisch, szenarien- und wirtschaftsorientiert. Von Anfang an war uns wichtig, auch unabhängige Studien zu erstellen und nicht nur auftragsorientiert zu arbeiten, um Glaubwürdigkeit zu erlangen. In erster Linie machen wir aber Studien für Unternehmen, Institutionen oder die Politik, die intern Anwendung finden. Wir sind hauptsächlich Datenvereinfacher. Wir versuchen, die Komplexität für die Kunden abzubauen und Szenarien zu entwickeln, die praktisch anwendbar sind.

Vor über 20 Jahren gab es das Internet noch nicht, das hat unsere Arbeit grundlegend verändert. In diesem Jahr haben wir zum Beispiel mit TNS Infratest zum zweiten Mal eine Social-Media-Analyse gemacht, den Werte-Index 2012. Der Werte-Index 2012 zeigt, wie häufig und in welchem Kontext deutsche Internet-User grundlegende Wer-

te unserer Gesellschaft besprechen. Heute ist die adäquate Trendforschungsmethode 500000 Internetseiten zu analysieren, Kontextanalysen zu machen und Rankings zu erstellen. Die daraus gewonnenen Fakten und Zahlenspiele lassen bestimmte Interpretationen zu.

Sie greifen bei Ihren Untersuchungen auch auf Daten des Statistischen Bundesamtes zurück. Wie fließen unsere Daten in die Trendforschung ein?

Wie Sie wissen, brauchen wir grundlegende Daten um vergleichenden Studien zu machen und dazu nutzen wir verschiedenste Erhebungen. Für uns hat das Statistische Bundesamt die größte Glaubwürdigkeit, das breiteste Angebot an Daten, die über lange Zeiträume vergleichbar sind.

Ein Problem, das häufig bei Studien im Auftrag von Unternehmen auftritt ist, dass das Management bestimmt, was untersucht wird. Es sind keine richtigen Langzeitstudien und bestimmte Phänomene verschwinden einfach. Sie werden nicht weiter erhoben und das irritiert uns. Um nicht zu sagen, es ist unseriös. Wir sind darauf angewiesen, mit neutralen und tragfähigen Daten zu arbeiten.

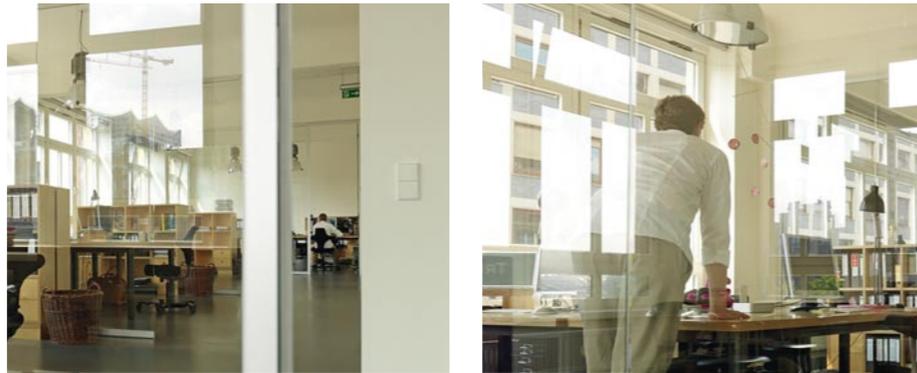
Wie greifen Sie auf unsere Daten zu?

Wir greifen gezielt zu, natürlich auch über Ihre Datenbank. Außerdem beobachten wir, welche ihrer Pressemitteilungen von den Medien aufgegriffen werden, welche Themen für die Medien interessant sind. Wir wenden sozusagen ein ganz traditionelles Verfahren an, indem wir uns das Interessante aus den Pressemitteilungen herausziehen, diese Themen weiter verfolgen und verwerten.

Derzeit ist nach Daten des Statistischen Bundesamtes bereits jeder Fünfte über 65 Jahre alt. 2060 wird bereits mehr als ein Drittel der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein. Ist der demografische Wandel im Bewusstsein von Wirtschaft und Gesellschaft angekommen?

Es ist ein Phänomen, das sich ganz langsam entwickelt und relativ berechenbar ist.

„Für uns hat das Statistische Bundesamt die größte Glaubwürdigkeit, das breiteste Angebot an Daten, die über lange Zeiträume vergleichbar sind.“



Wir sehen den demografischen Wandel als eine Grundkonstante der Veränderung, die aus vier Bereichen besteht: sozialer Wandel, technologischer Wandel, ökonomischer Wandel und der kultureller Wandel. Das sind unsere Beobachtungsfelder.

Mit dem demografischen Wandel verhält es sich so: Kein Mensch und kein Unternehmen möchte sich damit beschäftigen. Ich habe ein Buch geschrieben zur „Generation Silver Sex“. Über die Generation der Älteren, die den Jugendkult erfunden haben, die Dauerjugendlichkeit abonniert haben. Es ist ein großer

Wachstumsmarkt, alles was mit Anti-Aging, Ernährung aber auch mit Wohnen zu tun hat. Es bleibt aber trotzdem ein sehr schwieriges Thema in der Wirtschaft. Es ist unglaublich schwer in der Produktentwicklung, weil Kinder und Enkelkinder Produkte für Ältere entwickeln sollen. Dabei wollen sich ja gerade die Jüngeren von den Älteren lösen, das ist aus psychologischer Sicht sehr schwierig. Andererseits sind ihnen die Älteren mit ihrem Jugendkult ständig auf den Fersen.

Ich wurde neulich von einem Ministerium in eine Expertenrunde einberufen und

wollte mich mit dem demografischen Wandel einbringen. Da sagte man mir, das sei kein Thema mehr und man wolle sich jetzt ganz auf den Klimawandel konzentrieren. Ich sagte, mir sei nicht bekannt, dass der demografische Wandel zu Ende gegangen ist (*lacht*).

Das zweite zentrale Thema ihrer Beratungstätigkeiten ist die Netzwerkgesellschaft, Sie selbst nutzen soziale Netzwerke im Internet intensiv. Auf Ihrer Website kann man verfolgen, wo Sie gerade sind und wann sie in Cafes, Flughafenterminals oder im Trendbüro einchecken. Sogar Teile Ihres Terminkalenders sind online. Wen sprechen Sie damit an?

Es ist eine Selbsterfahrung mit dem, was heute möglich ist. Ich kann nicht über

Veränderungen in der Gesellschaft reden, wenn ich nicht gleichzeitig weiß, wie sich das anfühlt, wo die Vorteile und Risiken sind und wie man damit umgeht. Ich muss austesten: Was ist für mich Privatsphäre? Wo fängt sie an und wo hört sie auf? Meine eigene Webseite ist so aufgebaut, dass ich redaktionell überhaupt keine Arbeit damit habe, die speist sich sozusagen von selbst aus dem, was im Netz über mich vorhanden ist. Wenn Sie genau hinschauen, ist nichts Privates von mir zu sehen, nur eine öffentliche Figur.

Mit dem Internet und sozialen Netzwerken ist es ähnlich wie beim demografischen Wandel. Viele absehbare Folgen werden noch ignoriert. Die heutigen Entscheidungsträger sind in einer Gesellschaft groß geworden, die von den Massenmedien bestimmt wurde, die Kontrolle und Macht sichergestellt haben. Die neuen Medien basieren auf Gegenseitigkeit und Dialogform. Das bedeutet Machtverlust der bisherigen Hüter der Information. Das bedeutet Umbau von Organisationsformen, weil sich klassische Medienbereiche wie Kommunikation, Marketing und PR nicht mehr voneinander abgrenzen lassen. Für etablierte Firmen und Behörden ist das schwer, für Start-Ups selbstverständlich. Wenn Sie eine Tageszeitung machen wollen, brauchen Sie ein erhebliches Investment, wenn Sie ihre Informationen ins Netz stellen, brauchen Sie dazu nur Ihr Personal Media, Ihr Tablet oder Smartphone und müssen die Netzgebühren zahlen.

Sie haben beim Rowohlt Verlag und beim Zeit-Magazin gearbeitet, bevor Sie das Trendbüro gegründet haben. Wie transportiert man Zahlen zukünftig am besten?

Es gibt eine Erotik der Zahl. Das führt zum Beispiel bei Magazinen und Zeitschriften zur Rubrik Zahl des Tages, des Monats oder zu einer ganzen Seite voller Zahlen wie bei „brand eins“ (*Monatlich erscheinendes Wirtschaftsmagazin, Anmerkung der Red.*). Spannend wird es, wenn plötzlich Emotionen eine Rolle spielen, wie beim demografischen Wandel. Wenn die Jüngeren aus den Städten weggehen und die Alten da-

bleiben. Da geht es auf einmal nicht mehr um Deutschland oder ein Bundesland, sondern die Leute bekommen das Gefühl, das sie das auch betreffen könnte. Ich benutze die Zahl und verbinde sie immer mit einem emotionalen Impuls, damit können Sie die Welt erschließen.

Auf ihrer Website steht Ihre Präsentation „Papier ist nicht die Lösung“, die Sie an der Akademie des deutschen Buchhandels gehalten haben. Das Statistische Bundesamt hat die Printveröffentlichungen stark reduziert, das Web ist zum wichtigsten Verbreitungskanal geworden. Hat Gedrucktes aus Ihrer Sicht eine Zukunft?

Es wird immer Printveröffentlichungen geben, allerdings gehen sie raus aus dem Arbeitskontext. Mit dem mobilen Internet gehen Menschen viel mehr in Datenbanken. Die Recherche an der Arbeit ist zielgerichteter, am Anfang steht die Frage, die man beantwortet haben will. Gedrucktes wird zum Imageprodukt, es muss die Leute faszinieren. Ein reines Zahlenwerk hat den Charme eines Telefonbuchs.

Wie nehmen Sie das Statistische Bundesamt aus dem Blickwinkel des Trendforschers wahr? Sind wir aus Ihrer Sicht zukunftssicher aufgestellt?

Die eine Sache ist das Kerngeschäft, nämlich Daten zu erheben, aufzubereiten, zu sortieren und zur Verfügung zu stellen. Aber Sie müssen klar sagen, warum sich das für die Gesellschaft lohnt. Sie sollten als Impulsgeber nach außen gehen, einen aktiveren Part in der Gesellschaft spielen, Themen setzen und das ausbauen, was Sie mit Ihren Pressemitteilungen machen. Ich denke es ist wichtig, Ergebnisse so aufzubereiten, dass die Leute nachdenken über Veränderungen. Sie können ja anschließend tiefer einsteigen und zu anderen Schlüssen kommen.

„Mit dem mobilen Internet gehen Menschen viel mehr in Datenbanken. Die Recherche an der Arbeit ist zielgerichteter, am Anfang steht die Frage, die man beantwortet haben will.“



Peter Wippermann gründete 1992 mit Matthias Horx in Hamburg das Trendbüro – Beratungsunternehmen für gesellschaftlichen Wandel. Er war als Art Director beim Rowohlt-Verlag sowie beim ZEITmagazin tätig und ist seit 1993 Professor für Kommunikationsdesign an der Folkwang Universität Essen.

Als Trendforscher berät er Unternehmen und Behörden zum gesellschaftlichen Wandel, zu trendgestützter Markenführung und Kommunikationsstrategie.



Bernd Herold



funny figures
Die Welt in Zahlen
Fotoausstellung von Studierenden
Kommunikationsdesign
Hochschule RheinMain
Fotoklasse Bertrams

Zeiten
 Fotografien von Mo-Do 9-15 Uhr
 Alexandra Eidt Fr 9-14 Uhr
 Bernd Herold 1.12. - 23.12.2011
 Anita Hohensee
 Sandra Pawlik

Eröffnung
Donnerstag, 1.12.2011
17-19 Uhr

Es sprechen
 Roderich Egeler
 Präsident Statistisches Bundesamt
 Prof. Dr. Detlev Reymann
 Präsident Hochschule RheinMain
 Prof. Lothar Bertrams
 Statistisches Bundesamt
 Gustav-Stresemann-Ring 11
 65189 Wiesbaden



Statistik trifft Kommunikationsdesign

Aus einer Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamt mit dem Fachbereich Kommunikationsdesign der Hochschule RheinMain sind 30 Fotoarbeiten entstanden, die sich der Welt der Zahlen aus dem Blickwinkel der Kunst nähern.



Anita Hohensee



Sandra Pawlik

Am 1. Dezember 2011 wurde die Werkchau „Funny Figures“ der Fotoklasse von Professor Lothar Bertrams im Foyer des Statistischen Bundesamtes von Roderich Egeler (Präsident des Statistischen Bundesamtes) und Prof. Detlev Reymann (Präsident der Hochschule RheinMain) eröffnet. Es waren nicht die üblichen Balken-, Kreis- und Liniendiagramme, die die Besucher der Ausstellung im Foyer des Statistischen Bundesamtes zu sehen bekamen. Statistiken aus verschiedenen Quellen wurden mit

den Mitteln der Fotografie hintergründig, einprägsam und zum Teil provokant dargestellt. Dass dabei auch subjektive Interpretationen der Kreativen Alexandra Eidt, Anita Hohensee, Bernd Herold und Sandra Pawlik mit eingeflossen sind, war einigen Statistikern und Statistikerinnen nicht ganz geheuer, brachte aber – darin waren sich die Besucher und Besucherinnen der Ausstellung einig – Leben in die nackten Zahlen. „So macht Statistik Spass“, kommentierte die lokale Presse.

Die Wiesbadener Kommunikationsdesigner hatten den Kontakt zum Statistischen Bundesamt hergestellt, um sich zum Datenangebot und zum Thema Visualisierung zu informieren. Der Kontakt blieb im Verlauf des Projektes bestehen, so dass zum Abschluss die Ausstellung „Funny Figures“ im Foyer des Haupthauses in Wiesbaden realisiert werden konnte. Zukünftig ist geplant, die Zusammenarbeit mit den Kommunikationsdesignern am Standort Wiesbaden auszubauen.



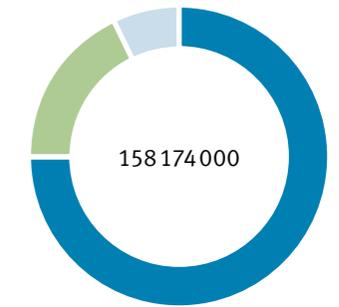
Haushalt

Das Statistische Bundesamt ist eine obere Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Die Mittel für das Jahr 2011 in Höhe von rund 158,2 Millionen Euro entsprachen einem Anteil von 3,0 % am Gesamthaushalt des Bundesministeriums des Innern.

Das Erheben und Aufbereiten von Statistiken und die Verbreitung der Ergebnisse sind trotz des zunehmenden Einsatzes von Informationstechnologien personalintensive Aufgaben, die steigende Anforderungen an die Beschäftigten stellen. Der größte Kostenblock sind daher die Personalausgaben: Im Jahr 2011 entfielen rund 75 % (drei Viertel) der veranschlagten Ausgaben des Statistischen Bundesamtes auf den Personalbereich. Die Sachausgaben für die Aufrechterhaltung des laufenden Dienstbetriebs machten einen Anteil von rund 18 % aus. Weitere 7 % entfielen 2011 auf Investitionen für Informationstechnologie und die laufende Sanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden.

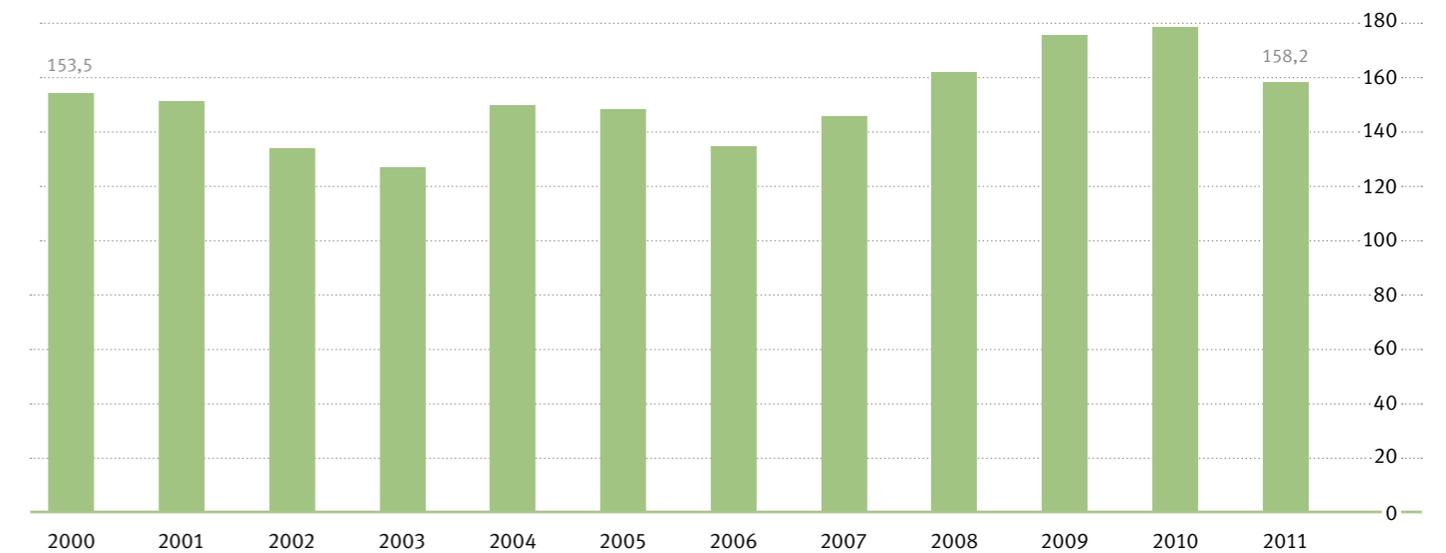
Der Finanzplan sah 2011 für das Statistische Bundesamt Mittel in Höhe von rund 158,2 Millionen Euro vor. Im Laufe des Jahres mussten zusätzliche Einsparungen in Höhe von acht Millionen Euro als Beitrag zur globalen Minderausgabe des Bundesministeriums des Innern geleistet werden. Eine besondere Herausforderung war in diesem Umfeld die Finanzierung der umfangreichen Kommunikationsmaßnahmen für die Durchführung des Zensus 2011.

Veranschlagte Ausgaben des Statistischen Bundesamtes 2011, in Euro



- 75% Personal
- 18% Sachausgaben für Dienstbetrieb
- 7% Investitionen

Veranschlagter Haushalt des Statistischen Bundesamtes, in Millionen Euro



Personal

Das Statistische Bundesamt beschäftigte im Dezember 2011 insgesamt 2556 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den drei Standorten Wiesbaden, Bonn und Berlin.



Was hat sich im Hinblick auf die Personalstruktur in den letzten 20 Jahren geändert? Die Beschäftigungsstruktur spiegelt eine Entwicklung wieder, die in vielen Bereichen der Arbeitswelt Realität geworden ist: Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist gesunken, die Beschäftigten sind im Durchschnitt höher qualifiziert und älter geworden.

Zum Ende des Jahres 2011 stellten die Tarifbeschäftigten mit einem prozentualen Anteil von rund 70% den größten Teil der Beschäftigten. Der Anteil der Beamtinnen und Beamten lag bei rund 26%. Weitere 4% der Beschäftigten waren Auszubildende.

Das Statistische Bundesamt bietet Ausbildungsplätze für verschiedene Berufe an: die Ausbildung zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation, zur/zum Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung oder zur Fachinformatikerin / zum Fachinformatiker. Im Dezember 2011 befanden sich 109 junge Menschen in einem Ausbildungsverhältnis.

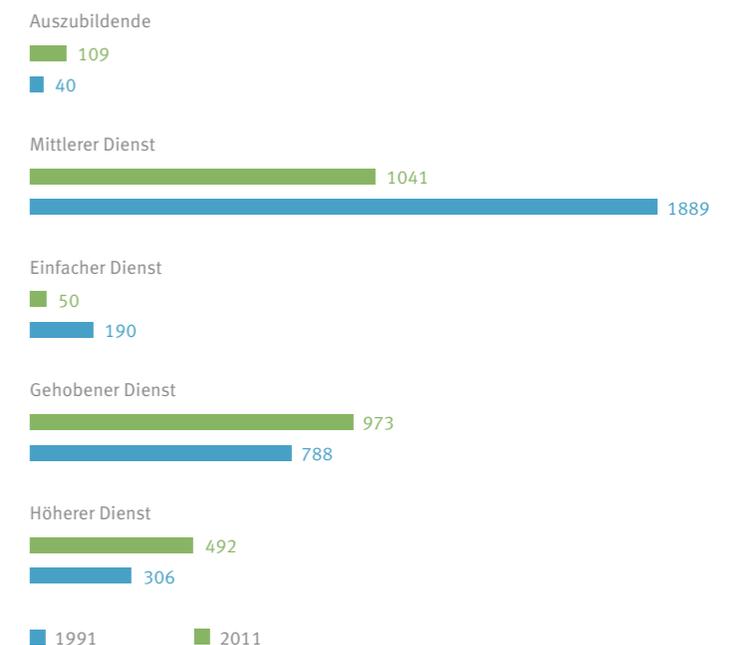
Der Personalbestand (ohne Auszubildende) hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre um knapp 20% verringert. Von diesem Rückgang waren nicht alle Laufbahngruppen gleichermaßen betroffen. Seit einigen Jahren werden immer mehr Aufgaben an das Statistische Bundesamt herangetragen, die eine wissenschaftliche Ausbildung voraussetzen. Das Haus versucht daher, die Stellenstruktur diesem Aufgabenwandel sukzessive anzupassen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten zu erhöhen. Entsprechend hat sich der Anteil des Personals im höheren Dienst an allen Beschäftigten (ohne Auszubildende) in den 20 Jahren von rund 10% auf 19% fast verdoppelt.

Der demografische Wandel ist angekommen

Bereits heute liegt der Altersdurchschnitt aller Beschäftigten im Dauerarbeitsverhältnis bei rund 48 Jahren. Darauf hat der Bereich Personalentwicklung reagiert. Das Motto des internen Fortbil-

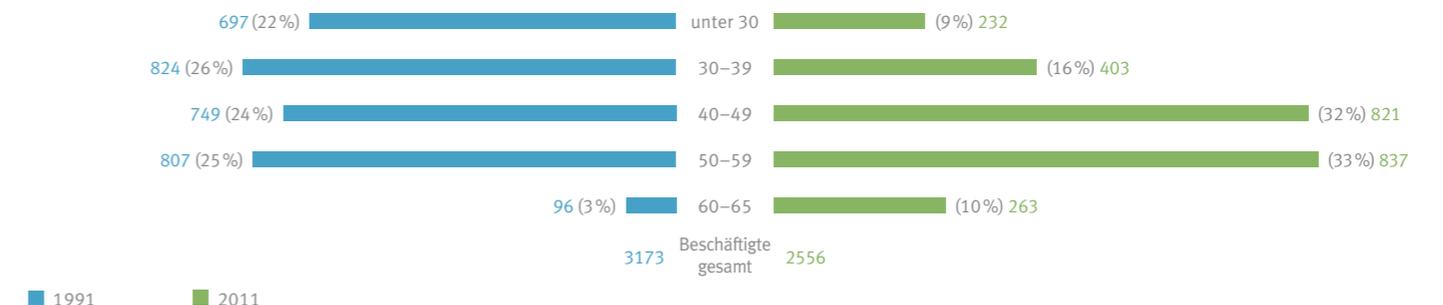
dungsprogramms im Jahr 2011 lautete: „Demografischer Wandel als Herausforderung“. Darüber hinaus wurde das neue Personalentwicklungskonzept aus dem Jahr 2011 um das Modul „Abfederung des Demografischen Wandels“ ergänzt. Hierzu gehören unter anderem Maßnahmen zur Nachwuchsförderung, zur Rekrutierung von Personen mit Migrationshintergrund sowie Maßnahmen für ein altersgerechtes Arbeiten und Lernen. Berücksichtigt werden dabei auch die besonderen Belange älterer Beschäftigter und der Wissenstransfer.

Beschäftigte nach Laufbahngruppen im 20-Jahresvergleich



Beschäftigte nach Altersklassen im 20-Jahresvergleich

(ohne Auszubildende)



Leitung



-  **Roderich Egeler**
Präsident und Bundeswahlleiter

 **Dieter Sarreither**
Vizepräsident, stellvertretender Bundeswahlleiter
-  **Jürgen Chlumsky**
Verwaltung, Bürokratiekostenmessung

 **Dr. Roland Gnos**
Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen
-  **Sibylle von Oppeln-Bronikowski**
Strategie und Planung, internationale Beziehungen,
Forschung und Kommunikation

 **Dr. Sabine Bechtold**
Bevölkerung, Zensus, Finanzen und Steuern
-  **Beate Glitza**
Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden

 **Hannelore Pöschl**
Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel
-  **Irmtraud Beuerlein**
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise

 **Karl Müller**
Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte,
Leitung der Zweigstelle Bonn

Stand: Februar 2012.

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
www.destatis.de

Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Strasse 198
53177 Bonn

i-Punkt Berlin
Friedrichstrasse 50-55 (Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

Allgemeiner Informationsservice

www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr

Pressestelle und journalistischer Informationsservice

presse@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44
Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 76
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr

